

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 146

WINTER 2001/2002

€ 0,50

## Für Klassenkampf gegen die SPD/Grünen-Regierung! Alle imperialistischen Truppen raus aus Afghanistan!



Frank Augstein/ap



AP

**Schröder mit antikommunistischen afghanischen Schlächtern nach Afghanistan-Konferenz in Bonn. Rechts: Kabul, 26. Oktober – Einrichtung des Roten Kreuzes zweimal in zehn Tagen durch US-Bomben getroffen**

Nach wochenlangen Bombardierungen Afghanistans durch die USA und Britannien versuchen die Imperialisten jetzt, nachdem die Truppen der Nordallianz die afghanische Hauptstadt Kabul eingenommen haben und die Taliban-Herrschaft nahezu vollständig zusammengebrochen ist, eine

### **PDS – alternative Strategien für deutschen Imperialismus**

ihnen genehme Regierung in Afghanistan zu etablieren. Eine zentrale Rolle spielt dabei der deutsche Imperialismus und seine SPD/Grünen-Regierung, die die UN-Konferenz für diese Regierungsbildung nach Bonn holten unter dem Hinweis, dass sie neutrale Vermittler seien, da Deutschland keine Geschichte als Kolonialmacht im Nahen und Mittleren Osten habe. Dies widerspiegelt die gewachsene Rolle des deutschen Imperialismus in der Welt, der endlich aus dem Schatten zweier verlorener Weltkriege heraustreten will. Er fordert seinen Anteil und meldet seine Ansprüche bei der Neuaufteilung der Welt an. So sprach Schröder dann auch auf dem EU-Gipfeltreffen in Brüssel davon, dass die Petersberger Konferenz „Verpflichtung und Auftrag“ sei

und die Bundeswehr ein Teil der UN-Friedenstruppen in Afghanistan stellen werde.

Das Ganze fand statt nach einigen sehr turbulenten Wochen, nachdem die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung fast auseinander gebrochen war, als Schröder daran ging, unter den Abgeordneten von SPD und Grünen eine Mehrheit für einen Kampfeinsatz der Bundeswehr im Nahen Osten und dem Indischen Ozean zu erzwingen. Bis Schröder die Abstimmung über den Bundeswehreinsatz mit der Vertrauensfrage über seine Person verband, hatten schon zwanzig SPD-Abgeordnete erklärt, gegen den Einsatz zu stimmen, und mit jedem Tag drohten es mehr zu werden, was ein Ausdruck der Unzufriedenheit an der proletarischen Basis der SPD ist. Die Vertrauensfrage war die Notbremse für die Regierung. Die vorgeblich pazifistischen „linken“ Grünen nickten ein und sicherten letztlich die Mehrheit für den Bundeswehr-Einsatz und den Fortbestand der Schröder-Regierung, um an den Futtertrögen der Macht zu bleiben. Wir Trotzkiisten fordern: **USA/Bundeswehr/UN/NATO und alle imperialistischen Truppen raus aus dem Nahen Osten und dem Indischen Ozean! Bundeswehr und alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan!**

*Fortgesetzt auf Seite 2*

## Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 1

Die PDS stellt sich gegen diesen Krieg und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und ist die dominierende politische Kraft in den Antikriegs-Demonstrationen. Das verschafft ihr Zustimmung unter vielen Arbeitern, die Angst haben vor neuen Kriegen und dem Elend, die diese mit sich



Spartakist

**Berlin im Dezember: ver.di und GEW protestierten gegen Sozialraub durch SPD-geführte Regierungen. Gewerkschaftsführungen vermieden die Kriegsfrage**

bringen. Viele ältere Arbeiter wissen noch aus eigener Erfahrung, dass ihre Väter nach zwei Weltkriegen, die der deutsche Imperialismus vom Zaum gebrochen hatte, schworen, nie wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen. Aber die Opposition der PDS gegen diesen Krieg erfolgt vom Standpunkt dessen, was im besten Interesse Deutschlands im Rahmen der kapitalistischen Demokratie ist. Der letzte PDS-Parteitag verabschiedete den *Dresdner Appell*, in dem es heißt: „Von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland fordern wir, dass sich Deutschland nicht an den Kriegsvorbereitungen beteiligt. Sie soll ihre guten Beziehungen zu den USA nutzen, um die Bush-Administration von Krieg abzuhalten.“ Denn, so argumentiert die PDS: „Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nutzen die USA als einzige verbliebene Weltmacht die NATO als militärisches Instrument ihrer globalen Interessenpolitik.“ Die PDS tritt hier dafür ein, dass der deutsche Imperialismus weltweit eine stärkere Rolle spielen solle, um seinen amerikanischen imperialistischen Rivalen in die Schranken zu weisen. So widerspiegelt der *Dresdner Appell* der PDS auf seine Weise den scharfen Anstieg von deutschem Nationalismus nach der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990. Die PDS setzt an der berechtigten Wut unter Arbeitern und Jugendlichen über die Verbrechen des US-Imperialismus an und versucht dies in Antiamerikanismus zu kanalisieren. Aber so, wie die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland in zwei wesent-

liche, unversöhnliche Klassen geteilt ist – die ausbeutende herrschende Kapitalistenklasse und das ausgebeutete Proletariat – gibt es diese auch in den USA. Wir sagen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus!

Die PDS schürt die Illusion, dass Kapitalismus friedlich sein könne: „Die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen können den Weltfrieden sichern, Gefährdungen einzelner Staaten mildern und universell gültige Maßstäbe einer Weltinnenpolitik setzen. Sie müssen ihre Rolle als einzig legitimierte Weltorganisation zurück erhalten, müssen gestärkt und zugleich reformiert werden.“ Aber die UNO ist nur das Feigenblatt für den Terror und die Verwüstung, die der US-Imperialismus und seine Alliierten über die Welt verbreiten, vom Irak über Somalia bis zum Balkan. Der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium – Imperialismus – ist kein friedfertiges System. Vielmehr brütet er immer wieder von neuem Kriege aus. Wie der russische Revolutionär W.I. Lenin, ein Führer der sozialistischen Revolution in Russland im Oktober 1917, erklärte:

„Der Kapitalismus hat die Konzentration bis zu einem solchen Grade entwickelt, daß ganze Industriezweige von Syndikaten, Trusts, Verbänden kapitalistischer Milliardäre in Besitz genommen sind und daß nahezu der ganze Erdball unter diese ‚Kapitalgewaltigen‘ aufgeteilt ist, sei es in der Form von Kolonien, sei es durch die Umstrickung fremder Länder mit den tausendfachen Fäden finanzieller Ausbeutung... Früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der Großmächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht.“ (*Sozialismus und Krieg*, 1915)

Die PDS dagegen schürt mit Losungen wie „Die Waffen nieder!“ oder „Vernunft!“ pazifistische Illusionen, man könne den Kapitalismus durch Parlamentsarbeit friedfertig machen. Dieses Programm entwaffnet die Arbeiterklasse politisch. Es hält sie vom Kampf gegen die „eigene“ imperialistische Bourgeoisie ab und dient der Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Wir Spartakisten dagegen intervenierten

Fortgesetzt auf Seite 4

## SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer  
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus  
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde,  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 146

WINTER 2001/2002

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement ein KfsV-Statement vom 18. Dezember 2001 beigelegt.

# Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung der SPD/Grünen-Regierung!

*Nachfolgendes Flugblatt vom 21. November wurde an Universitäten, auf Gewerkschaftsprotesten und Antikriegsdemonstrationen verteilt.*

Den Anschlag auf das World Trade Center in New York, ein Akt wahllosen Terrors und ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, haben die imperialistischen Herrscher weltweit als Vorwand genommen, um einen imperialistischen Krieg gegen Afghanistan führen zu können. Während eines imperialistischen Krieges nach außen wird auch immer im Inneren des Landes die Repression verschärft. So hat die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung begonnen, die rassistischen Angriffe gegen Immigranten zu verstärken. Unter dem Deckmäntelchen der rassistischen „Terroristenbekämpfung“ hat sie die Rasterfahndung wiederbelebt, die in den 70er-Jahren gegen die RAF eingeführt wurde mit dem Ziel, die gesamte Linke und jeden, der sich dem „Gewaltmonopol des Staates“ widersetzt, zu kriminalisieren. Heute richtet sich diese Hetzkampagne gegen Immigranten arabischer Herkunft und Menschen muslimischen Glaubens. Das Raster für die vermeintliche Suche nach sogenannten „Schläfern“ sind männliche Studenten, die technische Studienfächer belegt haben, islamische Religionszugehörigkeit haben und keine „Auffälligkeiten“ im allgemeinen „kriminellen“ Bereich zeigen. Diese Beschreibung passt auf Tausende von Studenten, wodurch diese zu potenziellen Terroristen erklärt werden.

Bundesweit wurden die Universitäten und Fachhochschulen von den Kriminalämtern verpflichtet, die persönlichen Daten von immigrierten Studenten aus 15 Staaten herauszugeben: z. B. Name, Staatsangehörigkeit, Religion und Wohnsitz. Die Rasterfahndung soll an den Berliner Hochschulen wesentlich ausgeweitet werden, von 15 auf 28 Staaten. Die ASten der Universitäten in Berlin stehen gegen diesen rassistischen Angriff und sie rufen auf zur Solidarität mit den Opfern. Der RefRat (AStA) der Humboldt-Universi-

sität appellierte an die Universitätsverwaltung, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und die Herausgabe der Daten zu verweigern. Diesem Appell ist die Uni-Verwaltung nicht nachgekommen, sie hat die Daten dem bürgerlichen Staat übergeben. Daraufhin verklagte der RefRat den HU-Präsidenten Jürgen Mlynek wegen Weitergabe der Daten. Das Berliner Verwaltungsgericht lehnte die Klage ab. Mittlerweile wurden in Berlin von den Universitäten mehr als 900 Namen herausgegeben. Als Marxisten haben wir nicht die Strategie, an die Universitätsverwaltung zu appellieren und uns auf die bürgerliche Justiz zu verlassen.

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin hat ein Statement zur rassistischen Rasterfahndung herausgegeben: „Die Rasterfahndung ist offenbar ein rechtlich zulässiges Mittel, dazu [zur lückenlosen Aufklärung] beizutragen. Die Art und Weise, wie diese Aktion gestartet wurde, hat allerdings zu erheblicher Verunsicherung geführt“ (GEW-Erklärung, 19. Oktober). Die GEW versteckt sich hier also hinter den Gesetzen und wendet sich nur dagegen, wie die Rasterfahndung durchgeführt wird. Gerd Köhler von der GEW wiederum wird in der *Frankfurter Rundschau* vom 11. Oktober zitiert mit der Aufforderung: „Hochschulleitungen, Kommilitonen und Lehrende müssten sich jetzt demonstrativ vor ihre ausländischen Kommilitonen stellen.“ Notwendig ist aber nicht der Appell an die mit dem kapitalistischen Staat aufs engste verbundenen Hochschulleitungen oder der papierne Protest gegen die „Ausführung“ der Rasterfahndung, sondern die grundlegende Ablehnung dieser Maßnahme rassistischer Unterdrückung und die Organisation des Kampfes dagegen. Notwendig ist, dass die Gewerkschaften ver.di und GEW mobilisieren und wirkliche Proteste folgen lassen. Die Gewerkschaften und Studentenorganisationen haben das Potenzial, Studenten und Universitätsangestellte gegen

*Fortgesetzt auf Seite 19*

## Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

### Hamburg

**US / UN / NATO / Bundeswehr raus  
aus Afghanistan, Zentralasien und dem Balkan!**

Dienstag, 15. Januar 2002, 18 Uhr

**Volle Staatsbürgerrechte  
für alle Immigranten!**

Dienstag, 29. Januar 2002, 18 Uhr

**Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!**

Dienstag, 12. Februar 2002, 18 Uhr

Treff: Universität Hamburg  
Pferdestall, Allendeplatz 1, neben Abaton-Kino  
Kontakt: (0 40) 32 36 44

### Berlin

**US / UN / NATO / Bundeswehr raus  
aus Afghanistan, Zentralasien und dem Balkan!**

Montag, 7. Januar 2002, 18 Uhr

**Verteidigt das palästinensische Volk!  
Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**

Montag, 21. Januar 2002, 18 Uhr

**Die Grundsätze des Kommunismus**

Montag, 4. Februar 2002, 18 Uhr

Treff: Humboldt-Universität  
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208  
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

## Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 2

in die Antikriegs-Demonstrationen für die Verteidigung Afghanistans gegen die imperialistischen Angriffe und für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land. Denn der einzige Weg, imperialistische Kriege abzuschaffen, ist der Sturz der imperialistischen Bourgeoisien durch proletarische Revolution und die Errichtung von Arbeiterstaaten, die anstelle der von Profitgier getriebenen irrationalen kapitalistischen Ausbeutung ein System setzen, in dem die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und eine Planwirtschaft die Grundlage legt für eine Welt frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegen.

Dass der deutsche Imperialismus heute wieder gestärkt ist und eine viel aktivere Rolle im Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt spielen und seine Armee dabei einsetzen kann, verdankt er in nicht geringem Maße der PDS selbst. Denn die PDS war entscheidend dafür, prosozialistische Arbeiter der DDR 1990 in die kapitalistische Konterrevolution zu treiben. Wir Trotzlisten verteidigten den deformierten Arbeiterstaat DDR, der nach dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland entstanden war. Wir kämpften 1989/90 mit allen Kräften unserer Internationale gegen den kapitalistischen Anschluss und für ein Rotes Rätedeutschland. Heute verteidigen wir die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution.

Die PDS ist wie die SPD eine bürgerliche Arbeiterpartei. Während sie eine proletarische Basis hat, ist das Programm, das die PDS vertritt, bürgerlich. Ihre Ablehnung dieses Kriegs basiert auf der Verteidigung des deutschen kapitalistischen Staats. Deswegen kämpfen wir dafür, die Arbeiterbasis von der PDS zu brechen im Kampf für den Aufbau einer leninistischen, revolutionären Arbeiterpartei, die für den Sturz des Kapitalismus durch Arbeiterrevolution kämpft.

### Die Arbeiterklasse ist der Schlüssel im Kampf gegen imperialistische Kriege

Sehr scharf waren die Auseinandersetzungen zwischen der SPD-geführten Regierung und Teilen der SPD/PDS-geführten Gewerkschaftsbürokratie, was den Unmut in der Arbeiterklasse über den Krieg widerspiegelt. Entgegen einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes, der sich für den Krieg aussprach und der SPD-Regierung Unterstützung gab, verfassten Dutzende von Gewerkschaftsvorständen aller Ebenen, Vertrauensleute-Versammlungen und andere Gremien Protestresolutionen gegen den Krieg und gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Besonders deutlich und scharf wurde die Auseinandersetzung zwischen Schröder und der IG Metall, der größten Industriegewerkschaft der Welt, deren Vorstand am 31. Oktober eine Resolution verabschiedete, die die „sofortige Einstellung der Bombardierungen“ Afghanistans forderte. Schröder,

gerade auf einer Reise in China, blaffte von dort wütend zurück: „Davon versteht ihr nichts“ und die IG Metall solle „die Finger von der Außenpolitik“ lassen (*Spiegel-Online*, 31. Oktober).

Der 2. Vorsitzende der IG Metall, Peters, antwortete: „Krieg und Frieden war und bleibt ein zentrales Thema der Arbeiterbewegung“ und ein Sprecher der IG Metall sagte: „Wir lassen uns auch von Schröder den Mund nicht verbieten.“ So versuchten sich Teile der IG-Metall-Führung in der Kriegsfrage als Opposition zu Schröder zu profilieren und damit Vertrauen unter fortgeschrittenen Arbeitern zu gewinnen. Doch die Gewerkschaftsbürokraten lassen ihren papiernen Resolutionen keine Taten folgen. Sie organisieren keine Arbeiterproteste, Boykotts oder Streikaktionen gegen diesen Krieg. Es wurde sogar Gewerkschaftssekretären von ihrer Führung verboten, auf Antikriegsdemos zu sprechen. Bei Gewerkschaftsprotesten gegen Kürzungen in Berlin Anfang Dezember wurde die Frage des Kriegs von den Gewerkschaftsbürokraten vermieden. Wir treten ein für die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen den Krieg. Ein gutes Beispiel für solch einen dringend benötigten Klassenkampf geben uns die japanischen Hafnarbeiter in Sasebo bei Nagasaki. Dort weigern sich 200 Hafnarbeiter, Militärgüter auf japanische Kriegsschiffe zu verladen, die in den Indischen Ozean geschickt werden, um dort den US-geführten Krieg zu unterstützen.

Seit 1998 verwaltet die SPD wieder die Geschäfte des deutschen Imperialismus, und seither sind die Gewerkschaftsbürokraten wesentlich aktiver dabei, im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, das auf Klassenzusammenarbeit basiert, die kapitalistischen Austeritätsmaßnahmen mit durchzudrücken: Angriffe auf Tarifverträge, Einführung von Billiglohnsektoren, Rentenkürzungen und Verhinderung eines gleichen Lohns für gleiche Arbeit in Ost und West. Es sind die sozialdemokratischen Betriebsräte, die den Bossen Vorschläge für Entlassungen unterbreiten. Inzwischen sind die Arbeitslosenzahlen wieder auf 4 Millionen gestiegen. Und *Der Spiegel* berichtete über ein internes DGB-Protokoll für die Gewerkschaftsvorsitzenden, aus dem hervorgeht, dass die kommenden Tarifverhandlungen „keine Belastung für den Regierungskurs werden“ sollen. „Was Schröder und die Arbeitgeber gleichermaßen in freudige Erregung versetzte, war vor allem der zweite Teil des Zwickel-Vorschlags: die Gehaltssteigerungen künftig auch vom Erfolg der Unternehmen abhängig zu machen“ (*Der Spiegel*, 12. November). Inzwischen regt sich darüber berechnete Wut an der Basis der Gewerkschaft, die einen Ausverkauf der Tarifverhandlungen – sogar schon im Vorhinein – nicht akzeptieren will.

Gegen die Versuche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die Gewerkschaften den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen, kämpft die SpAD für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung.

### Nieder mit der rassistischen staatlichen Verfolgung – Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Das Gesicht des „Kriegs gegen den Terrorismus“ nach innen sind die massiven Verschärfungen von repressiven Gesetzen im Rahmen der beiden „Sicherheitspakete“ von law-and-order-Minister Schily (SPD). Diese richten sich besonders gegen die immigrierten Arbeiter aus der Türkei und gegen alle Immigranten aus der islamischen Welt. Letztlich zielen sie aber auf die gesamte Arbeiterklasse. Als erste größere Maßnahme wurde die islamisch-fundamentalistische Gruppe von Metin Kaplan, Kalifat-Staat, in Köln verboten. Dieser reaktionäre Verein ist aber nur der Vorwand, gegen linke türkische Gruppen stärker vorzugehen und gegen kurdische Organisationen wie die PKK, die sich gegen die brutale Unterdrückung ihrer nationalen Rechte wehren. So

## Spartakist begrüßt die neuen Leser!

### Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	170	183	108%
Hamburg	130	130	100%
Auf Entfernung	15	37	246%
<b>Gesamt</b>	<b>315</b>	<b>350</b>	<b>111%</b>



Spartakist



Workers Vanguard

**Links: Spartakist-Block auf Berliner Antikriegsdemo am 6. Oktober. Rechts: Block unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/Spartacist Youth Clubs bei Antikriegsprotest am 20. Oktober in San Francisco**

reiste der türkische Innenminister mit einer Liste von 150 Namen angeblicher Terroristen an, die die türkische Regierung in ihren Folterkellern sehen will und deren Auslieferung sie verlangt.

Die SPD/Grünen-Regierung hebt immer wieder heuchlerisch hervor, dass nicht jeder Mensch islamischer Herkunft ein Terrorist sei. Damit implizieren sie willentlich und schüren den Verdacht, dass der Kollege oder der Nachbar durchaus einer sein könnte. Dass dies auch so gemeint ist, macht die rassistische Rasterfahndung deutlich, der in Nordrhein-Westfalen allein 10 000 Arbeiter und Studenten unterzogen wurden, die dem Generalverdacht ausgesetzt sind, „Terroristen“ zu sein. Unsere Jugendorganisation, die Spartakist-Jugend, veröffentlichte ein Flugblatt gegen die Rasterfahndung an den Universitäten (siehe Seite 3). Wir fordern darin die Gewerkschaften GEW und ver.di auf, einen Kampf gegen diese rassistischen Maßnahmen zu führen und intervenierten mit dem Flugblatt an den Universitäten, auf Gewerkschaftsprotesten und vor Betrieben. Wir kämpfen gegen die rassistische staatliche Repression nicht einfach, weil wir uns mit den Opfern solidarisieren, sondern auch weil dieser Kampf essenziell ist für die revolutionäre Einheit des Proletariats mit seinem starken Bestandteil von immigrierten Arbeitern und ihren Kindern. Deutsche Arbeiter können keine Revolution durchführen, wenn sie die Lüge akzeptieren, dass ihre „immigrierten“ Klassenbrüder ihre Feinde sind. Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Nieder mit Schilys Sicherheitspaketen, die ein Angriff auf jedermanns Rechte sind!

Dies wurde unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center deutlich mit der Reaktion der Regierung, die am 13. September die Kampagne „Solidarität mit Amerika“ lostrat, die auch von der PDS unterstützt wurde. Diese Kampagne wurde von reaktionären Schweigeminuten in den Betrieben begleitet, gemeinsam ausgerufen vom Arbeitgeberverband und dem DGB. Der Arbeitskreis gegen Rassismus und Rechtsextremismus im ver.di-Bezirk NRW-Süd berichtete im Labournet über den Fall des türkischen Metallarbeiters Metin Serefoglu, der sich weigerte, an dieser nationalistischen Mobilisierung teilzunehmen. „Ich möchte um alle Menschen in der Welt gleich trauern“, begründet er. Schließlich habe es auch keine Trauerfeiern, Gedenkminuten und Halbmasten gegeben, als in der Türkei 30 000 durch ein Erdbeben starben, in Bosnien 300 000 Menschen dem Krieg zum Opfer fielen und unzählige Kur-

den im Osten der Türkei ermordet wurden“ (Spendenauftrag „Solidarität mit Metin Serefoglu“). Serefoglu wurde mit aktiver Unterstützung von IG-Metall-Bürokraten fristlos entlassen. Wir fordern: Verteidigt Metin Serefoglu! Sofortige Wiedereinstellung! Genauso verteidigen wir den Schweißer Georg Reinert, dem bei DaimlerChrysler in Düsseldorf mit Entlassung gedroht wird, weil er bei einer Betriebsversammlung Kritik an dem Krieg gegen Afghanistan äußerte.

Die Arbeiterklasse hat das Potenzial, mit Krieg, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Ausbeutung ein für alle Mal Schluss zu machen durch den Sturz der herrschenden Klasse durch sozialistische Revolution. Schlüssel hierfür ist der Bruch mit den sozialchauvinistischen Irreführern und deren Politik von Klassenkollaboration und die Schmiedung einer revolutionären internationalistischen multiethnischen Arbeiterpartei.

Nachfolgend drucken wir den Artikel unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S., der in *Workers Vanguard* Nr. 768, 9. November 2001 erschien unter der Überschrift: „Nein zur ‚Nationalen Einheit‘ der Bosse! Für Klassenkampf im eigenen Land!“

## WORKERS VANGUARD

6. November – Die Wochen des erbarmungslosen Trommelfeuers von Tausenden von Bomben und Raketen auf Afghanistan haben die beabsichtigte Auswirkung. Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und dann noch einmal pulverisiert, wobei Krankenhäuser zerstört, Rot-Kreuz-Einrichtungen vernichtet, ganze Familien ausgelöscht wurden. „Humanitäre Hilfe“, d.h. Erdnussbutter, wird gelb verpackt abgeworfen, in der Farbe der Streubomben, deren einzige Zweckbestimmung es ist, wahllos zu verstümmeln und niederzumetzeln. Während die Taliban so gut wie ungeschoren blieben, hat der anscheinend ziellose Charakter des Krieges bei den Blockpartnern des imperialistischen Amerikas Meinungsverschiedenheiten hervorgehoben, insbesondere bei denen in der arabisch/muslimischen Welt und in Europa. Sie sind durch jede Menge „Was-wäre-wenn“-Fragen beunruhigt. Was, wenn der Krieg Pakistan destabilisiert und dessen nukleares Potenzial dem Meistbietenden zufällt? Was, wenn er einen neuerlichen Krieg zwischen Indien und Pakistan auslöst und die Region ins

Fortgesetzt auf Seite 6

# Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 5

Chaos stürzt? Was, wenn der Zugang zum Öl unterbrochen wird? Was, wenn diese Mächte unaufhaltsam von ihrem gegenwärtigen Status als applaudierende Zuschauer in einen offenen Krieg hineingezogen werden, an dem sie kein direktes Interesse haben?

Die Zerstörung des World Trade Center war eine kriminelle Handlung, Tausende gewöhnlicher, unschuldiger Menschen wurden eingäschert. Aber es ist nicht der Tod einfacher Menschen, der Amerikas Herrscher bewegt. Schließlich ist Bin Laden ein Frankenstein-Monster, das sich gegen seinen Schöpfer, den amerikanischen Imperialismus wandte. Bei seinem jahrzehntelangen Feldzug gegen die Sowjetunion ließ der US-Imperialismus Bin Laden und andere islamische Reaktionäre wie die Taliban in den 80er-Jahren auf die Rote Armee in Afghanistan los. Washington akzeptierte in seinem Kreuzzug gegen den „gottlosen Kommunismus“ bereitwillig die Wiederversklavung afghanischer Frauen als „Kollateralschaden“. Vor ein paar Jahren gab [die ehemalige US-Außenministerin] Madeleine Albright außerdem zu verstehen, dass über eine Million durch Hunger und Krankheit gestorbene Irakis im Verlauf der Verteidigung von US-Herrschaftsinteressen im Nahen Osten einen akzeptablen Kollateralschaden darstellen. Angesichts solch brutalen Kalküls ist es angemessen zu fragen, ob die Tausenden im World Trade Center Getöteten ebenfalls ein „akzeptabler Kollateralschaden“ für den Sieg des US-Imperialismus im Kalten Krieg sind.

Die US-Herrscher machen sich das wirkliche Entsetzen in der amerikanischen Bevölkerung über die Anschläge auf das World Trade Center zu Nutzen. Aber vom Standpunkt der Imperialisten ist das wirkliche „Verbrechen“ des 11. September der Anschlag auf das Nervenzentrum der US-Militärmacht, das Pentagon: eine Demütigung ihres Verlangens nach Weltherrschaft. Die Antwort der Bush-Regierung auf die Anschläge war die Proklamation, die Welt müsse sich entscheiden: entweder für „uns“ oder gegen „uns“ in einem vielleicht auf ein Menschenalter angelegten Krieg gegen jegliche Herausforderung des amerikanischen Imperialismus. Das ist die Reaktion eines großkotzigen Schlägers. Amerikas Herrscher wollen sicherstellen, dass ihrer Jagd nach Profiten, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse hier und in andern Ländern basieren, keine Steine in den Weg gelegt werden.

Manchmal bringen imperialistische Unternehmungen und Kriege kurzfristige Jobs hervor, aber heute, unter den Bedingungen einer weltweiten Rezession, sind die nicht zu

finden. Während viele Arbeiter aus dem ganzen Land nach New York City geströmt sind, um nach der WTC-Katastrophe ihre Zeit und ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, begnügen sich die staatlichen Mächte damit, die kleinen Geschäftsleute, die wegen der Verwüstung zumachen mussten, zugrunde gehen zu lassen. Über 600 000 Arbeitsplätze wurden landesweit allein seit September zusammengestrichen, und die, die dabei arbeitslos werden, teilen inmitten einer sich vertiefenden Rezession das Schicksal Millionen anderer.

Postarbeiter werden trotz der Bedrohung durch Milzbrand zur Arbeit befohlen, während Senatoren, Kongressabgeordnete und Richter des Obersten Gerichtshofs sorgfältig vor jeder möglichen Ansteckung abgeschirmt werden. Am Freitag kämpften sich Feuerwehrleute in New York City durch Polizeisperren, um dagegen zu protestieren, dass sie von der Suche nach den Leichen ihrer Kollegen und anderer Opfer des Anschlags abgezogen wurden. Ein Feuerwehrmann traf den Nagel auf den Kopf, als er bemerkte, dass jetzt, nachdem die geheimen Goldlager in den Kellergeschossen des WTC gefunden und sichergestellt worden sind, die Toten den Schaufelbaggern als Müll hinterlassen werden.

Seit dem Beginn des Luftkrieges gegen Afghanistan sind erst ein paar Wochen vergangen, und schon wird es vielen armen und arbeitenden Menschen zunehmend klar, dass sie bei einer Unterstützung von Bushs Kreuzzug für „dauerhafte Freiheit“ alles zu verlieren haben, einschließlich der dürftigen Freiheiten, die ihnen jetzt zugänglich sind. Wie wir in unserer Erklärung unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center sagten:

„Die herrschenden Parteien – Demokraten und Republikaner – sind nur allzu scharf darauf, die Toten und Verletzten benutzen zu können, um ihre kapitalistische Klassenherrschaft zu stärken. Es ist eine Gelegenheit für die Ausbeuter, mit Patriotismus à la ‚eine unteilbare Nation‘ hausieren zu gehen, um zu versuchen, den wachsenden Zorn am Boden dieser Gesellschaft von sich abzulenken, und zwar auf einen nicht definierbaren ausländischen ‚Feind‘ sowie auf Immigranten in den USA, und um ihr Arsenal an staatlicher Repression im eigenen Land gegen alle arbeitenden Menschen zu verstärken.“ (Spartakist-Extrablatt, 14. September 2001)

Mehr als 1100 Menschen ohne Staatsbürgerschaft wurden verhaftet und festgehalten, wobei den meisten der Zugang zu Rechtsanwälten oder ihren Familien verwehrt wurde. Das zynischerweise „USA-Patriot Act 2001“ genannte Gesetz erlaubt vorbeugende Verhaftung von Nicht-Staatsbürgern für sieben Tage ohne Anklageerhebung und für praktisch unbegrenzte Zeit, sobald die Anklage erhoben wurde, legalisiert FBI-Einbrüche und erlaubt der CIA Spionage im Inland. Seine Definition von „terroristisch“ schließt all jene ein, die als Opponenten der Regierung gelten. Welch bedrohlichen Charakter das hat, ist bereits vielen schwarzen Amerikanern klar geworden. Der Kongressabgeordnete der Region von Chicago Jesse Jackson Jr. sprach derartige Befürchtungen an, als er bemerkte: „Die Terroristen haben nicht die Freiheitsstatue, die Verfassung oder die Bill of Rights oder die Unabhängigkeitserklärung angegriffen. Sie griffen die Symbole unserer ökonomischen und militärischen Macht in der Welt an. Es sind die Unterstützer dieses Gesetzentwurfes, die wirklich amerikanische Freiheiten angreifen, die in unseren heiligsten historischen Dokumenten enthalten sind.“

Das „Anti-Terror“-Gesetz der Bundesregierung wird von einer Anzahl weiterer Gesetzesvorhaben begleitet, die Hafen- und Schifffahrtsarbeiter, Arbeiter bei den Fluglinien und andere für stärkere Überwachung und Schikanierung im Visier haben. Für den Fall, dass Arbeiter je vergessen, dass Gewerkschaftsmilitanz in den Augen unserer bürger-

**WORKERS VANGUARD** 2001

**Jamal Death Sentence Reversed**

**Mobilize Labor/Black Power to Free Mumia Now!**

**Against Washington's Green Light to Zionist Butchers**

**Defend the Palestinian People!**

**Israel Out of the Occupied Territories!**  
**U.S./UN/NATO Out of Afghanistan,**  
**Central Asia, Persian Gulf, Near East!**

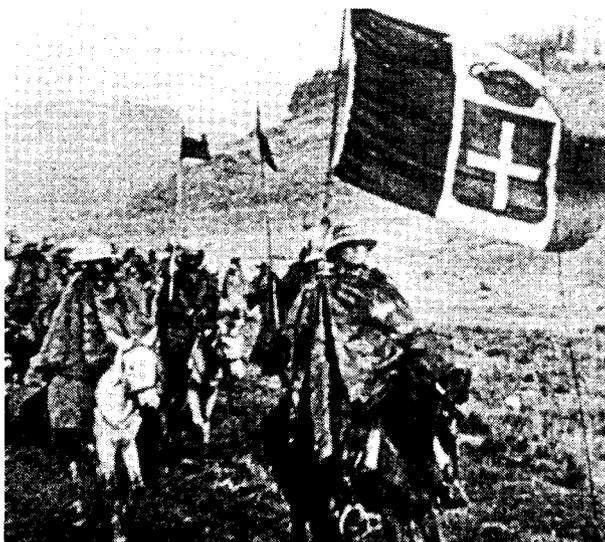
**Abonniere jetzt!**

Workers Vanguard  
zweiwöchentliche  
Zeitung der  
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.  
Spartacist (englische  
Ausgabe) und  
Black History

**Luftpost € 25,-**  
**Seepost € 10,-**

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55  
10127 Berlin  
Konto 1 19 88-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60



Dickinson College



Movietone News

### Italienische imperialistische Invasoren (links) kämpften im Annexionskrieg 1935/36 sieben Monate lang gegen äthiopische Widerstandskräfte

lichen Herrscher kein Recht ist, rief der Generalstaatsanwalt von South Carolina dies kürzlich in bedrohlicher Weise ins Gedächtnis zurück. Mit Bezug auf die Charleston Five, fünf Hafendarbeiter, denen für die Verteidigung ihrer Gewerkschaft gegen den Einsatz von Streikbrechern Gefängnisstrafen drohen, proklamierte er: „Ich bin dagegen, Leute dazu zu zwingen, Gewerkschaftsmitglieder zu werden, damit sie einen Job bekommen. Und diese ganze Vorstellung vom Zweck, der die Mittel heiligt, wo wir diese Terroristen kennen, die so viele Menschen getötet haben, das ist genau deren Argument.“

Der „Terror“, der die US-Imperialisten beunruhigt, ist jedweder Widerstand gegen ihre Vorrechte und ihre Klassenherrschaft. Die Verteidigung Afghanistans gegen den imperialistischen Angriff ist aufs engste verknüpft mit der Verteidigung der arbeitenden Massen hier gegen verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung, was den Umsturz der imperialistischen Ordnung durch Arbeiterrevolution erfordert. Die Aufgabe besteht darin, das Proletariat zu eben diesem Ziel zu erziehen und zu mobilisieren. Und dazu ist es erforderlich, die Arbeiter von ihren klassenkollaborationistischen, sozialchauvinistischen Führern zu brechen.

#### Zentristen und Renegaten

Reformistische Gruppen wie die International Socialist Organization und die Workers World Party, die sich emsig darum bemühen, Abweichler unter den Politikern der Demokratischen Partei für den Aufbau von „Friedens“-Koalitionen einzuspannen (augenblicklich mit geringem Erfolg), werben mit dem rosigen Bild eines von Krieg und Ungerechtigkeit gesäuberten imperialistischen Systems. Wir Marxisten sagen, dass nur Arbeiterrevolution imperialistischen Krieg beenden kann, und im Rahmen dieser Aufgabe ist es unser Ziel, das Proletariat von der chauvinistischen „nationalen Front“ zu brechen und zu Klassenkampfmaßnahmen gegen den Krieg zu mobilisieren. Und während in den USA solch eine Perspektive heute recht weit entfernt scheinen mag, haben in Italien die COBAS (Basis-Komitees)-Gewerkschaften für den 9. November zu einem politischen Generalstreik aufgerufen, in Opposition zum imperialistischen Krieg gegen Afghanistan und zum Angriff der italienischen Regierung auf Sozialleistungen. Auf ähnliche Weise organisierte COBAS 1999 einen eintägigen Generalstreik gegen den US-geführten NATO-Luftkrieg gegen Serbien. Solche Gewerkschaftsaktionen gegen den Krieg würden hierzulande die chauvinistische „nationale Einheit“ in Frage stellen, die dazu benutzt wird, die Arbeiter hinter den Kriegszielen ihrer kapi-

talistischen Ausbeuter zusammenschweißen.

Unsere Perspektive basiert auf der Erfahrung der Oktoberrevolution von 1917, die inmitten des Gemetzels des Ersten Weltkriegs siegte aufgrund des Programms der Bolschewiki, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Proletarischer Widerstand gegen die imperialistischen Verwüstungen durch die Ausbeuter kann, in den Worten Leo Trotzki, nur durchgeführt werden „durch die revolutionäre Mobilisierung der Massen ..., d.h. durch die Verbreiterung, Vertiefung und Verschärfung jener revolutionären Methoden, die in ‚Friedenszeiten‘ den Klassenkampf ausmachen“ („Lernt denken“, Mai 1938).

Dieses Verständnis haben wir propagiert bei unseren Verkäufen an Arbeitsstätten, in den Ghettos und bei allen unseren Interventionen bei Antikriegsprotesten und -versammlungen. Trotzdem hat uns die Internationalist Group (IG) – eine Hand voll zentristischer Renegaten, die Mitte der 90er-Jahre unter dem Druck des imperialistischen Triumphgeschreis über den „Tod des Kommunismus“ aus unserer Organisation geflohen sind – kürzlich dafür angegriffen, angesichts der chauvinistischen Kriegshetze, die zur Zeit in diesem Lande wild um sich greift, „zurückgewichen“ zu sein. In einer Internet-Erklärung vom Oktober 2001 kritisiert uns die IG scharf wegen unseres angeblichen „Widerstands dagegen, zu der Niederlage ‚ihrer eigenen‘ Bourgeoisie in einem imperialistischen Krieg aufzurufen. Jegliches Gerede über sozialistische Revolution erschöpft sich in Hirngespinnsten über ein ‚besseres Leben im Himmel‘, wenn

*Fortgesetzt auf Seite 8*

#### Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
[www.icl-fi.org](http://www.icl-fi.org)

#### KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

## Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 7

man in einem imperialistischen Krieg nicht entschlossen für die Niederlage ‚seiner eigenen‘ Bourgeoisie eintritt.“

Im Wesentlichen vermengt hier die IG bewusst die Frage einer militärischen Niederlage in einem bestimmten Krieg mit dem proletarischen Sieg über die eigene Bourgeoisie durch eine sozialistische Revolution. Letzteres ist das Programm jeder wahrhaft revolutionären Partei in Friedenswie in Kriegszeiten. Die Losungen, die aufgestellt werden, um zu diesem Ziel zu gelangen – um die Arbeitermassen von ihrem gegenwärtigen Bewusstseinsstand zur Ergreifung der Staatsmacht zu führen –, sind jedoch notwendigerweise von den jeweiligen Bedingungen abhängig. So musste Lenin nach seiner Rückkehr nach Russland nach dem Sturz des Zaren Anfang 1917 gegen jene Mitglieder der bolschewistischen Partei kämpfen, die die bürgerliche Provisorische Regierung unterstützen wollten. Nachdem er diesen Kampf gewonnen hatte, mußte er diejenigen linken proletarischen Elemente in der Partei warnen, die unmittelbar zum Sturz der Provisorischen Regierung aufrufen wollten. Am 5. Mai 1917 verabschiedete das Zentralkomitee folgende von Lenin verfasste Resolution: „Die Losung ‚Nieder mit der Provisorischen Regierung‘ ist im Augenblick deshalb falsch, weil eine solche Losung, wenn nicht eine feste (d. h. bewußte und organisierte) Mehrheit des Volkes auf seiten des revolutionären Proletariats steht, entweder eine Phrase ist oder objektiv auf abenteuerliche Versuche hinausläuft.“

Bei dem Versuch, ihre leere Phrasendrescherei zu untermauern, bringt die IG folgendes Beispiel: „Die Niederlage Frankreichs durch die algerischen Unabhängigkeitskämpfer, was sich 1962 zuspitzte, demoralisierte die französische Bourgeoisie und trug mit zu der Arbeiter-Studenten-Revolution von 1968 bei, der ersten potenziell revolutionären Krise in Europa seit Jahren.“ In Wirklichkeit hat der acht Jahre dauernde Kolonialkrieg in Algerien keine Ähnlichkeit mit dem, was heute in Afghanistan passiert.

Es ist interessant, unsere Position der Verteidigung Afghanistans gegen den US-Angriff zu vergleichen mit einer Situation, die in mancher Hinsicht ähnlich war: die Invasion Äthiopiens durch das imperialistische Italien 1935. Äthiopien unter Kaiser Haile Selassie war eine grausam repressive Gesellschaft – eine der letzten Bastionen der Sklaverei auf der Welt –, gekennzeichnet durch rückständiges Stammeswesen, Unterjochung von Minderheitenvölkern und unablässige Ausbeutung der Bauernmassen. Revolutionäre verteidigten Äthiopien gegen Mussolinis Italien, weil letzteres eine imperialistische Macht war, und die Tatsache, dass die Form imperialistischer Herrschaft faschistisch war und nicht demokratisch, spielte dabei keine Rolle.

Indem wir die Arbeiterklasse zur Verteidigung Afghanistans gegen den US-Imperialismus aufrufen, wenden wir dasselbe leninistische Prinzip an, gegen einen imperialistischen Angriff die Seite von rückständigen Ländern zu beziehen. Aber abgesehen davon unterscheidet sich der US-Krieg gegen Afghanistan in bedeutsamer Hinsicht von der italienischen Invasion Äthiopiens, die darauf abzielte, Italiens langjährige Absicht der Kolonisierung dieses Landes zu erfüllen. Die USA beabsichtigt keine Besetzung Afghanistans – zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt –, obwohl die Imperialisten jetzt, wo sie in Zentralasien sind, so viel an sich reißen werden, wie sie kriegen können. Mit ihrem Angriff auf Afghanistan suchen die USA Rache für die Beleidigung ihrer herrschaftlichen Macht.

Solche Rache ist nicht immer leicht zu haben, auch nicht für die mächtigste imperialistische Macht. Im 19. Jahrhundert, als Britannien das führende imperialistische Land der Welt war, lehnte dessen Botschafter in Bolivien voller

Verachtung einen Becher bolivianischen Biers ab. Die bolivianischen Regierungsvertreter waren durch dieses herablassende Auftreten so gekränkt, dass sie ihn auf den Rücken eines Esels schnürten, durch die Straßen von La Paz schleiften und dann zwangen, ein ganzes Fass des Gebräus zu trinken. Queen Victoria war über diesen Akt von *lèse majesté* [Majestätsbeleidigung] aufs Äußerste erbost und bestand darauf, dass die Royal Navy Bolivien als Vergeltung bombardieren müsse. Als einer ihrer Berater schließlich den Mut aufbrachte, sie davon in Kenntnis zu setzen, dass Bolivien ein Binnenland sei, verlangte die Queen eine Landkarte, stipte ihre Feder in ein Tintenfass, strich das Land mit einem großen X durch und erklärte: „Bolivien gibt es nicht!“

Ungeachtet der falschen Analogie der IG mit Kolonialkriegen scheint es gegenwärtig unwahrscheinlich, dass die USA eine Landinvasion Afghanistans in größerem Ausmaß beginnen. Tatsächlich führten ihre ersten Versuche auf diesem Gebiet, ein Kommandounternehmen im Oktober, zu Resultaten, die unter den hohen Militärs des Pentagon Alpträume von der demütigenden Niederlage in Vietnam hervorgerufen haben müssen. Der Londoner *Independent* (30. Oktober) berichtete: „Das Unternehmen war eine rein kosmetische Vorstellung für die Medien und die Öffentlichkeit, gerichtet gegen ein Ziel, das laut Geheimdienstberichten nur schwach verteidigt wurde. Die zähe Gegenwehr der Taliban hat das Pentagon so in Unruhe versetzt, dass seitdem keine weiteren Kommandounternehmen mehr stattgefunden haben.“

Die von Washington höchstwahrscheinlich favorisierte Variante ist im Augenblick fortgesetzte, ununterbrochene und planlose Bombardierung, der die Taliban keine militärischen Mittel entgegensetzen können. Auch dies war im Fall des italienisch-äthiopischen Krieges von 1935 anders. Italien war eine zweitrangige imperialistische Macht, zerrissen von scharfen Klassengegensätzen und in ihren Vorhaben durch ihre größeren imperialistischen Rivalen eingeschränkt. Obleich im Endergebnis Italien nach einem siebenmonatigen Bodenkrieg siegte, war es nicht unvernünftig, wenn die damals noch trotzkistische amerikanische Socialist Workers Party einen möglichen militärischen Sieg Äthiopiens ins Auge fasste:

„Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass eine Niederlage Italiens und eine Revolution auf der Apenninhalbinsel unvorhersehbare Folgen haben kann. Das ganze europäische Bündnis- und Staatensystem würde auseinanderbrechen. Das Proletariat in Deutschland, Österreich, Spanien und auf dem Balkan und nicht zuletzt in Frankreich würde enormen Auftrieb bekommen; das Angesicht Europas würde sich ändern. Das liegt im direkten Klasseninteresse des internationalen Proletariats. Aber mehr noch. Eine Niederlage Italiens in Afrika, ein Sieg Äthiopiens, könnte den imperialistischen Banditen einen furchtbaren Schlag in Afrika zufügen.“ („Questions of the Italo-Ethiopian War“ [Fragen des italienisch-äthiopischen Krieges], *New International*, Oktober 1935)

Keiner dieser Faktoren schränkt die USA gegenwärtig ein, wenngleich der Krieg sicherlich die Spannungen unter den imperialistischen Mächten verschärfen wird und sein Preis an Elend im eigenen Land Klassenkampfbereitschaft im amerikanischen Proletariat erwecken könnte. So ist der Ruf nach einer militärischen Niederlage der USA zu diesem Zeitpunkt illusorisch und nur heiße Luft und „revolutionäre“ Phrasendrescherei – und zwar eine, die aus dem Verzicht auf die Mobilisierung des US-Proletariats mit dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht herrührt.

Im Gegensatz zur IG hat sich die Spartacist League dem Ziel verschrieben, die amerikanische Arbeiterklasse und die Unterdrückten von ihren Fesseln der Klassenzusammen-

arbeit, die sie an die Demokratische Partei ketten, zu brechen und eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, um den amerikanischen Imperialismus durch sozialistische Revolution zu stürzen. Während die IG ach so revolutionär in ätherischen Cyberspace-Gefilden herumschwadroniert, kämpfen wir tatsächlich für eine proletarische, revolutionäre, internationalistische Perspektive in der Realität. Eine Unterstützerin der SL sprach kürzlich bei einer Kundgebung zur Verteidigung der Charleston Five (siehe *Workers Vanguard* Nr. 767, 26. Oktober) im Gewerkschaftshaus der Hafnarbeiter, ILWU Local 10, in San Francisco und rief zu Klassenkampf im eigenen Land und zur Verteidigung Afghanistans gegen den imperialistischen Angriff auf. „Beide herrschenden Parteien“, sagte sie, „fachen die Flammen patriotischer Inbrunst an, um die Bevölkerung hinter ihren militärischen Zielen im Ausland auf Linie zu bringen und um die Arbeiterklasse zu Hause noch stärker an die Interessen der Bosse zu ketten.“ Sie schloss mit den Sätzen:

„Jahrzehntelang hat die prokapitalistische Führung der AFL-CIO [Gewerkschaftsdachverband] Arbeiter durch die Unterstützung der Demokraten an ihren Klassenfeind gebunden...“

Aus diesem Grunde halten wir es für nötig, einen politischen Kampf innerhalb der Gewerkschaften zu führen, um eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die gegen den US-Imperialismus kämpfen wird, für die Freiheit der Schwarzen, für die Rechte der Immigranten und für unsere Klassenbrüder und -schwestern in anderen Ländern. Eine solche Partei wird den Kampf anführen, die kapitalistische Ordnung zu beseitigen und eine Arbeiterregierung und eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung zu schaffen. Das ist der einzige Weg, mit Rassismus und Krieg für immer Schluss zu machen. Diejenigen, die arbeiten, sollen auch herrschen!“

Um die Wahrheit über diesen imperialistischen Krieg zu sagen, musste sich unsere Genossin gegen die Störungen eines gewissen Jack Heyman behaupten, ein sich links gebärdender, von der IG zum „Arbeiterführer“ hochstilierter örtlicher ILWU-Bürokrat, dessen Bemühungen aber von Hafnarbeitern im Publikum vereitelt wurden.

### **Wir sagten: Hoch die Rote Armee in Afghanistan!**

Ihre r-r-revolutionäre Phrasendrescherei teilt die IG mit einem anderen Haufen von Zentristen, wie in einer gemeinsamen Erklärung vom 9. Oktober deutlich wird, die von der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI, zentriert um die britische Gruppe Workers Power [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht]), der morenistischen Fracción Trotskysta in Mexiko und der Gruppe Kommunistischer Bund/Arbeitermacht in Griechenland unterschrieben wurde. Auch sie sind völlig verliebt in den Aufruf zur „Niederlage der imperialistischen Kräfte“. Während die IG uns angreift, wir würden den nicht zu verteidigenden Charakter des wahllosen Anschlags auf das World Trade Center in den Mittelpunkt rücken, verzichten ihre zentristischen Ebenbilder völlig darauf, das Blutbad, das dieser Anschlag an Tausenden von gewöhnlichen arbeitenden Menschen und Minderheiten anrichtete, zu verurteilen. Dies deutet auf eine Übereinstimmung hin zwischen ihrem Weltbild und dem, das die Führer des US-Imperialismus mit den von Bin Laden inspirierten islamischen Fundamentalisten gemein haben – dass Völker insgesamt verantwortlich sind für die Verbrechen ihrer Herrscher.

Im Fall von LRKI & Co. mischt sich Antiamerikanismus mit grotesken Losungen und etwas schreiend roter Rhetorik, was so ziemlich jeden anziehen soll, der davon liest – von Leuten, die labil überfordert sind, bis zu Jugendlichen, die nach einer Alternative zu Pazifismus und Reformismus



Hicks/Getty

### **US-unterstützte Truppen der Nordallianz erschossen verwundeten Taliban-Soldaten auf Straße nach Kabul**

suchen. Die rote Rhetorik ist unernsthafte Bombast, wie beispielsweise in ihrem Aufruf an Soldaten, „in den Armeen Widerstand zu organisieren ... und gegen die Imperialisten und ihre mordlüsternen Generäle zu rebellieren“, und an „Arbeiter und Arbeiterinnen in den Munitionsfabriken ... die imperialistische Kriegsproduktion zu boykottieren und zu sabotieren“. Für diese Opportunisten sind Worte nicht für den Klassenkampf gedacht, sondern für griechische Tavernen, englische Pubs und lateinamerikanische Cantinas. In Britannien zeigt sich der wahre Gehalt von Workers Powers „revolutionärem Defätismus“ in ihrer Mobilisierung: „NEHMT AUF DAS PARLAMENT EINFLUSS während seiner Kriegsdebatte.“

Tatsächlich ist die Stimmabgabe für Labour so ziemlich das einzige „Prinzip“, an das sich die britische Workers-Power-Gruppe hält. 1997 und erneut 2001 stimmte Workers Power für „Bomber Blair“ und seine Labour Party. Während des Krieges 1999 gegen Serbien marschierte die LRKI in Demonstrationen, die durchgesetzt waren von Plakaten, auf denen „NATO – Viel Glück“ stand, und sie unterstützten die albanische Kosovo-Befreiungsarmee, die damals ein Handlanger der NATO war. Dass die LRKI über Afghanistan derzeit links posiert, liegt sowohl an der wachsenden Unpopularität der US-Angriffe unter Europäern als auch daran, dass Afghanistan vom Standpunkt der europäischen Imperialisten aus nur eine Randbedeutung hat.

Und was das Groteske angeht, da gibt es den Aufruf zur „gemeinsamen Aktion aller afghanischen Kräfte – einschließlich der islamistischen“, „um den imperialistischen Angriff abzuwehren“, eine interessante Aufgabe für Leute, die an Alchemie glauben. Die Vorstellung, dass es mehr als eine äußerst kurzlebige Einheit zwischen den verschiedenen Stämmen innerhalb der Grenzen Afghanistans geben könne, wird von einer Geschichte ständiger mörderischer Auseinandersetzungen widerlegt. Diese Völker haben kein gemeinsames nationales Interesse, weil Afghanistan keine Nation ist. Die „afghanischen Kräfte“ sind heute – wie auch in der Vergangenheit – damit beschäftigt, aufeinander zu schießen, wobei die Taliban, die sich auf das vorherrschende Volk der Paschtunen stützen, der größtenteils tadschikischen und usbekischen Nordallianz gegenüber stehen, die gegenwärtig als Marionette des US-Imperialismus agiert. In der gemeinsamen Erklärung der LRKI heißt es: „Afghanistan hat über 20 Jahre Krieg hinter sich“, was den Krieg der CIA-unterstützten

Fortgesetzt auf Seite 10

## Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 9

Mudschaheddin gegen den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan und den späteren Krieg zwischen den rivalisierenden Mudschaheddin-Gruppen, den Taliban und den Bestandteilen der Nordallianz in einen Topf wirft. Mit anderen Worten, die LRKI und ihre derzeitigen Blockpartner hoffen darauf, dass niemand zu genau nachschaut, wo sie damals während des Stellvertreterkriegs der USA in Afghanistan gestanden haben! Wir sagten: *Hoch* die Rote Armee in Afghanistan – und wünschten uns inbrünstig, dass die sowjetischen Kommandos die islamischen Fanatiker unschädlich machen würden, die unverschleierte Frauen Säure ins Gesicht schleuderten und jene ermordeten, die es wagten, junge Mädchen zu unterrichten. Im Gegensatz dazu *verurteilte* Workers Power die sowjetische Präsenz, wobei sie nicht so weit gingen, das imperialistische Geschrei nach dem Abzug der Roten Armee nachzubeten. Die Moreno-Anhänger unterstützten offen die Mudschaheddin. In Frankreich riefen sie dazu auf, dass die Rote Armee aus Afghanistan abziehen und ihre Waffen den antikommunistischen islamischen Guerillakämpfern überlassen solle. In Italien freute sich die Morenisten-Gruppe auf „die Möglichkeit, die iranische Revolution auf sowjetisches Gebiet auszuweiten“ (*Avanzata Proletaria*, 12. Januar 1980)!

Als linke Abdeckung dafür, dass sie gegen die sowjetische Militärpräsenz waren, erschuf sich Workers Power damals ein afghanisches Proletariat als unabhängige „revolutionäre Kraft“. Die jetzige gemeinsame Erklärung der LRKI stellt die Forderung nach einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ auf, obwohl es gar keine Arbeiter und nicht viel an Bauernschaft gibt. Dieser Blödsinn wird jetzt von der IG mit ihrem Aufruf zur „sozialistischen Revolution“ in Afghanistan nachgeäfft. Erst die Intervention der Sowjetunion war es, die die Möglichkeit eröffnete, die afghanischen Völker ins 20. Jahrhundert zu bringen. Deswegen erhoben wir die Forderung: „Weitete die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“ Heute kann eine sozialistische Revolution nur nach Afghanistan kommen durch sozialistische Umstürze in den Ländern der Region, in denen es bedeutende proletarische Konzentrationen gibt – vom Iran bis nach Pakistan und Indien. Entscheidend für eine revolutionäre Perspektive in solchen Ländern ist der Kampf gegen die uralte Unterjochung der Frau. Tatsächlich war der afghanische Konflikt in den 80er-Jahren der einzige Krieg der neueren Geschichte, der hauptsächlich über die Stellung der Frau geführt wurde.

In Wirklichkeit hat die IG wenig im Sinn mit der Arbeiterklasse – weder in den USA noch in der „Dritten Welt“. Stattdessen geht sie in verschiedensten kleinbürgerlich-nationalistischen Milieus hausieren. In ihrem letzten Internet-Artikel höhnt die IG: „Die SL stellt sich als Vorkämpfer gegen islamischen Fundamentalismus dar.“ Ihre Verachtung dafür, dass wir uneingeschränkt gegen islamische Reaktion sind, ist eine stillschweigende Ablehnung unseres Aufrufs zum Sieg der Roten Armee gegen die Mullahs in Afghanistan in den 80er-Jahren (was die IG angeblich weiterhin unterstützt). Außerdem ist es ein Schuldschein, ausgestellt an Nationalisten in jenen Regionen der Erde, in denen der Islam dominiert: dem Kampf um die Macht des Proletariats zu entsagen im Namen einer „Einheitsfront“ gegen den US-Imperialismus. Es bedeutet im Keim, Trotzki's Theorie der permanenten Revolution aufzugeben, die besagt, dass in den rückständigen Ländern die Arbeiterklasse die einzige Kraft ist, die den Kampf für soziale und nationale Gerechtigkeit führen kann. Wie Trotzki betonte, kann nur die proletarische Revolution das im-

perialistische Joch in solchen Ländern zerschlagen und dem Imperialismus durch ihre Ausweitung auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder für immer ein Ende bereiten.

Das Wachstum von islamischem und anderem religiösen Fundamentalismus in rückständigen Ländern ist ein Maßstab für den Bankrott der bürgerlich-nationalistischen Regime, die nach der Unabhängigkeit an die Macht gekommen sind und imperialistische Hungerdiktate durchsetzen, während sie selbst obskurante Rückständigkeit fördern. Als Beispiel kann man das überwiegend hinduistische Indien nehmen, wo das Kastensystem und so schreckliche Bräuche wie *Sati* (Witwenverbrennung) auch nach mehr als fünf Jahrzehnten „Demokratie“ weit verbreitet sind. Die Last der gesellschaftlichen Rückständigkeit ist in allen Bereichen der Gesellschaft deutlich. Etwa 70 Millionen Inder leiden an Kropf und 200 Millionen sind gefährdet durch Jodmangel, einer äußerst einfach zu verhindernden Ursache von geistigen Entwicklungsstörungen. Jodsalz ist billig und ein einfaches verfügbares Mittel, solche Erkrankungen zu bekämpfen. Doch nach einem Aufschrei von kleinen Salzproduzenten, Gandhi-Anhängern und faschistischen Gruppen, die mit der herrschenden BJP verbunden sind, hob letztes Jahr der hindu-chauvinistische Premierminister Atal Behari Vajpayee ein Verbot des Verkaufs von nicht-jodiertem Salz auf.

### Für sozialistische Revolution im Bollwerk des Weltimperialismus!

In Europa wurde die Arbeiterklasse genau wie in Amerika einem fortwährenden Angriff auf Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen ausgesetzt. Zum Großteil wurden diese Angriffe von Regierungen durchgeführt, die von sozialdemokratischen Parteien geführt werden. Über den COBAS-Streik in Italien hinaus gibt es in ganz Europa Anzeichen von Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Ende Oktober hat die riesige Gewerkschaft IG Metall in Deutschland eine Aussetzung der Bombardierungen gefordert, nur um gleich von „ihrem“ sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder gerügt zu werden, der sie zurechtwis: „Kümmert euch um die Lebensbedingungen eurer Mitglieder, aber lasst die Finger von der Außenpolitik, denn davon versteht ihr nichts“ (*Spiegel Online*, 31. Oktober). Ein IG-Metall-Sprecher antwortete ihm: „Wir lassen uns auch von Schröder den Mund nicht verbieten.“

Während die Arbeiter in ganz Europa zweifellos ein Misstrauen darüber hegen, dass der Krieg gegen Afghanistan ihnen selbst Schaden zufügen könnte, versuchen die Gewerkschaftsbosse auch, die Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie zum Ausdruck zu bringen, indem sie an Antiamerikanismus appellieren. So warnt der Vizechef der IG Metall vor „blindem Kadavergehorsam gegenüber Amerika“. Ein solcher anti-amerikanischer Nationalismus wird auch von Zentristen wie der LRKI verbreitet, deren gelegentlich links klingende Rhetorik nur aufgesetzt ist und dazu dient, Illusionen in der Arbeiterklasse über die sozialdemokratischen Arbeiterleutnants des Kapitals zu verstärken. Nur die beharrliche Arbeit der Leninisten, die sozialchauvinistischen Irreführer aus der Arbeiterbewegung zu verjagen und die Arbeitermassen von ihren sozialdemokratischen Verrätern zu brechen, kann den in Europa und anderswo nötigen sozialistischen Umstürzen, die lange überfällig sind und immer dringlicher werden, den Weg ebnen.

Die Arbeiterklasse in den USA unterstützt zwar größtenteils weiterhin den Krieg, doch im Gefüge der chauvinistischen „nationalen Einheit“ beginnen sich Risse zu zeigen. Osama Bin Laden erscheint vermutlich vielen Postarbeitern, die der Gefahr einer tödlichen Anthrax-Infektion ausgesetzt sind, weniger als Feind als ihre eigenen Bosse. Die

Festnahme von vier Funktionären der Feuerwehrgewerkschaft nach der Protestkundgebung letzten Freitag bei den Trümmern des World Trade Centers wird von vielen Arbeitern zu Recht als Warnung verstanden werden, dass die Bosse gegen jede Art von Unruhe in der Arbeiterklasse scharf vorgehen wollen. Seit den Streiks von Staatsangestellten in Minnesota und in drei Panzerfabriken von General Dynamics letzten Monat ist klar, dass viele Arbeiter über das Absinken ihres Lebensstandards sauer sind, der während des kürzlichen neun Jahre langen Booms aufrechterhalten worden war, und dass sie bestürzt sind über die Aussicht auf ein weiteres Absinken – einschließlich der Möglichkeit, dass der Gehaltsscheck ganz ausbleibt – als Folge der Rezession und des Kriegseinsatzes. Der Plan der Republikaner, den Reichen noch massivere Steuererleichterungen zu gewähren, wird diesen schwelenden Unmut zweifellos weiter anfachen.

Diese Unzufriedenheit kann man an der Tatsache sehen, dass eine Schicht von Gewerkschaftsbürokraten auf lokaler Ebene sich gegen die US-Bombardements ausspricht. Dies spiegelt sich auch bei schwarzen Demokraten wider. Im September hat die Demokratin Barbara Lee aus Oakland als einzige gegen die Kriegsresolution des Kongresses gestimmt; anschließend stimmten 66 Kongressabgeordnete und ein Senator gegen das „Anti-Terror“-Gesetz. Und Lee, die nach ihrer Stimmabgabe Todesdrohungen erhielt, wurde bei einer Kundgebung, die von örtlichen liberalen Demokraten und den ILWU-Gewerkschaftschiefs organisiert worden war, von mehreren tausend Leuten gefeiert.

Ein Zusammenschluss von mehr als 400 Gewerkschaftern aus New York City, darunter auch zwölf Vorsitzende von Ortseinheiten, hat sich gegen den Krieg ausgesprochen. Eine Erklärung, die von „New Yorker Gewerkschaftern gegen den Krieg“ herausgegeben wurde, sagt, der Krieg „wird Milliarden ans Militär und an Firmenvorstände umleiten, während im Land so wichtigen Bereichen wie der Bildung, dem Gesundheitswesen und den Sozialkassen der Geldhahn zugedreht wird. In New York City und anderswo wird dies als Vorwand dienen, Arbeitern und Armen ‚Austerität‘ unter dem Deckmantel der ‚nationalen Einheit‘ aufzubürden.“

Die schwarzen Demokraten und oppositionellen Gewerkschaftsführer gehen in Stellung, um sich an die Spitze der wachsenden Unzufriedenheit, die der Krieg bei arbeitenden Menschen und Minderheiten hervorrufen wird, zu erheben und sie unter Kontrolle zu halten – ein Krieg der kapitalistischen Herrscher nach innen und nach außen, der inmitten einer sich verschärfenden Rezession und fortdauernder rassistischer Unterdrückung stattfindet. Es ist der alte Trick der Demokraten, sich als Freunde der Arbeiter und Schwarzen zu verkaufen, weswegen sie historisch die Partei sind, die die Bourgeoisie bevorzugt, wenn es darum geht, die Bevölkerung für Krieg zu mobilisieren. Jesse Jackson Sr. offeriert seinen kapitalistischen Herren derartige Dienste im Chicagoer *Defender* (15. Oktober) in einem Artikel mit der Überschrift „Sieg zu Hause, Sieg im Ausland!“ – der Losung der NAACP [National Association for the Advancement of Colored People] während des Zweiten Weltkriegs. Um bei der schwarzen Bevölkerung Unterstützung für den Krieg aufzubauen, lockt Jackson mit dem Versprechen einer besseren Zukunft, wenn sie nur stramm zur Fahne stehen: „Wir sind in vielerlei Hinsicht zwei Nationen unter einer Fahne. Wir wollen eine Nation unter einer Fahne sein.“

Die schwarze Kolumnistin Mary Mitchell drückte in der Chicagoer *Sun-Times* (9. Oktober) einiges vom Misstrauen in der schwarzen Bevölkerung über den von der Regierung geführten „Krieg gegen den Terrorismus“ aus: „Wenn Schwarze an Terroristen denken, denken sie nicht unmittelbar an die Taliban oder Osama Bin Laden. Sie denken an den Ku Klux Klan, die Aryan Nation oder die Sklavenhalter im Süden.“ Danach beklagt sich Mitchell, dass die gleiche Regie-

rung, die die Sozialhilfe geplündert hat, jetzt „Essen im Wert von Millionen Dollar in die Mäuler eines Volkes [abwirft], das in einem vom eingeschworenen Feind beherrschten Land lebt.“ Solche Vorurteile gegenüber Ausländern spiegeln sich im Chauvinismus gegenüber Immigranten wider, der von Leuten wie den schwarzen Demokraten und Farrakhans Nation of Islam geschürt wird, die versuchen, die Wut der Armen in den Ghettos in Hass gegen arabische, koreanische und andere immigrierte Ladenbesitzer umzulenken. Das ist ein tödliches Gift, das nur dem Teile-und-herrsche-System der amerikanischen Bourgeoisie dient, deren Herrschaft grundlegend auf der Unterjochung der schwarzen Bevölkerung am Boden der Gesellschaft basiert.

Während die Republikaner offen und unverfroren die Interessen der Großindustrie durchsetzen, lügen die Demokraten und tun das Gleiche. In der Programmatischen Erklärung der SL/U.S. „For Socialist Revolution in the Bastion of World Imperialism!“ [Für sozialistische Revolution im Bollwerk des Weltimperialismus!] schreiben wir:

„Das Täuschungsmanöver, durch das die Demokratische Partei – historisch die Partei der konföderierten Sklavenhalter-Aristokratie – sich als ‚Freund‘ der Schwarzen und Arbeiter darstellt, war unentbehrlich, um die Herrschaft des rassistischen amerikanischen Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Unsere Hauptaufgabe in den USA ist es, die Macht der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie über die Arbeiterbewegung zu brechen. Diese Bürokratie – selbst ein Bestandteil der Demokratischen Partei – ist es, die das Proletariat politisch an die Bourgeoisie kettet, und sie ist das Haupthindernis für ein revolutionäres Klassenbewusstsein, für die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei.“

Während die Führung der AFL-CIO unter Sweeney den imperialistischen Krieg offen unterstützt, bieten die Gewerkschaftsfunktionäre, die gegen den Krieg sind, zwar tröstende Worte der Opposition, aber keine Taten. Ein Streik der Postgewerkschaften, die viele schwarze Mitglieder haben, für die Schließung von Anthrax-verseuchten Arbeitsplätzen – um das bloße Leben ihrer Mitglieder zu verteidigen – würde bei arbeitenden Menschen und Minderheiten breiten Anklang finden. Doch das würde bedeuten, sich über Anti-Streik-Bundesgesetze hinwegzusetzen und so dem Verbot von Streiks, die die Regierung zu einer Bedrohung von „nationalen Interessen“ erklärt, die Stirn zu bieten. Stattdessen beugt sich die Führung der Postgewerkschaft ehrfürchtig vor den Gesetzen der Bosse und führt fruchtlose Gerichtsverfahren.

Für die kapitalistischen Herrscher Amerikas sind Arbeiter bloßes Rohmaterial, um zu Hause Profit zu machen und im Ausland Krieg zu führen. Die abgebrühte Gleichgültigkeit der Bosse und ihrer Regierung gegenüber dem Leben der Postarbeiter unterstreicht nur, dass die Interessen von Kapital und Arbeit grundsätzlich entgegengesetzt sind. Dieses Verständnis ist der Beginn aller Weisheit, damit die Arbeiterklasse erfolgreich gegen dieses System von Ausbeutung und Krieg kämpfen kann.

Die amerikanische „Demokratie“ wurde erkaufte durch die brutale Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Massen auf der ganzen Welt, im Allgemeinen durch die Einsetzung von mörderischen, gegen die Arbeiter gerichteten diktatorischen Regimen. Unsere Aufgabe im Bollwerk des Weltimperialismus ist der Aufbau einer multirassischen revolutionären Arbeiterpartei als Sektion der wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, die das Proletariat zum Sturz des amerikanischen kapitalistischen Systems führen wird, zur Enteignung der Bourgeoisie als Klasse und zur Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft. **Für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land! Verteidigt Afghanistan gegen den imperialistischen Angriff!** ■

**Wir sagten: Hoch die Rote Armee in Afghanistan!  
Nieder mit den islamischen Mörderbanden der CIA!**

# Der US-Imperialismus und die Versklavung der afghanischen Frauen

*Nachfolgend drucken wir in überarbeiteter Form Auszüge aus einer Präsentation ab, die Carla Norris, Rednerin für die Spartacist League, am 25. Oktober auf einer SL-Veranstaltung in New York gegeben hat.*

Während wir hier heute Abend zusammen sind, prasseln Marschflugkörper, Streubomben und Mörsergranaten auf Kabul, Kandahar und andere Teile Afghanistans nieder, töten Hunderte wehrloser Frauen, Kinder und Männer und treiben viele andere in Flüchtlingslager, die von Krankheiten verseucht sind. Bei einem – wie US-Präsident Bush verspricht – „lang anhaltenden und schonungslosen“ Militärangriff werden derzeit die wenigen Krankenhäuser, die es in diesem von der Welt abgeschnittenen Land gibt, dem Erdboden gleichgemacht und Straßen sowie andere Infrastruktur zerstört. Gegen derartige hoch technisierte Barbarei tritt die Spartacist League – US-Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga – für die Verteidigung Afghanistans gegen den imperialistischen Angriff ein und für Klassenkampf hier im eigenen Land gegen die blutrünstige amerikanische Kapitalistenklasse.

Plötzlich gibt es diese ganzen Artikel in der kapitalistischen Presse über die Notwendigkeit, afghanische Frauen zu retten. Das ist eine der Möglichkeiten, wie die US-Imperialisten und ihre liberalen Unterstützer diesen einseitigen Krieg rechtfertigen. Es hat eine Flut von Artikeln und Dokumentarfilmen über die schrecklichen Bedingungen gegeben, unter denen Frauen in Afghanistan unter dem grausamen und rückständigen Regime der Taliban leiden. Und das Elend afghanischer Frauen ist tatsächlich furchtbar. Frauen werden schrecklich unterdrückt: Es ist ihnen verboten, auch nur ihr Gesicht zu zeigen, sie sind in 25 Meter staubigen Stoff gezwängt und als Folge davon ist die Rate der an Tuberkulose Erkrankten hoch.



Saeed Khan

**Kabul, 1993: Mudschaheddin-Truppen, die heute die US-unterstützte Nordallianz bilden, versklavten Frauen unter dem Schleier, der von Kopf bis Fuß reicht**

Der Schleier ist ein physisches Symbol für die Unterjochung der Frauen. Ihnen wird verboten, Lesen und Schreiben zu lernen, zu arbeiten, zu laut zu laufen oder zu lachen oder ihr Haus ohne Begleitung durch einen männlichen Verwandten zu verlassen. Für etwa 30 000 Witwen in Kabul ist Betteln die einzige Möglichkeit, ein bisschen Kleingeld für ihre Kinder zu verdienen, und Witwen dürfen nur vom Einbruch der Dunkelheit an bis zur Ausgangssperre um 21 Uhr auf der Straße betteln. Frauen haben im Grunde genommen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, da es kaum irgendwelche weiblichen medizinischen Arbeitskräfte gibt und es männlichen

Ärzten verboten ist, Frauen zu berühren.

Doch die plötzliche Aufmerksamkeit der Medien für die afghanischen Frauen passt maßgeschneidert zu den Zielen der US-Bourgeoisie. Auch wenn die Unterdrückung in den letzten paar Jahren sicher verschärft wurde, hat sie bestimmt nicht 1996 mit den Taliban angefangen. 1992, drei Jahre nachdem der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow die afghanische Bevölkerung – und die UdSSR – mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte verraten hatte, übernahmen die von den USA unterstützten, ausgebildeten und finanzierten islamischen Fundamentalisten die Macht in Kabul. Der vor kurzem ermordete Führer der mit den USA verbündeten Nordallianz, Ahmed Schah Massud, wurde als Verteidigungsminister die zentrale Figur in diesem fundamentalistischen Regime, das so lange bestand, bis die Taliban es aus der Hauptstadt vertrieben. Die Haupt-Trennungslinie zwischen den verschiedenen fundamentalistischen Gruppen war schon immer durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Volksgruppen und Stämmen bestimmt: Die Nordallianz stützt sich weitgehend auf die Tadschiken und Usbeken, die Taliban stützen sich hauptsächlich auf das Volk der Paschtunen, die größte ethnische

Gruppe in Afghanistan, die sich auch weit nach Pakistan erstreckt.

Einmal an der Macht, führten Massuds Truppen Massenmorde, Folterungen und Vergewaltigungen an rivalisierenden ethnischen Bevölkerungsgruppen durch. Massuds Mudschaheddin-Regime verfügte, dass das Land nach der islamischen Gesetzgebung *Scharia* regiert werden soll. Von allen Arbeitern wurde verlangt, dass sie feste Gebetszeiten einhalten. Bücher, die man für antireligiös hielt, wurden auf der Straße verbrannt. Eine Reihe von Verordnungen wurden erlassen, die das Verhalten von Frauen bestimmten: So musste zum Beispiel eine Frau ihren ganzen Körper bedecken, sie durfte das Haus nur mit Erlaubnis ihres Mannes verlassen, sie durfte Fremde nicht ansehen und Frauen, die Parfüm trugen, sollten als Ehebrecherinnen betrachtet werden (ein „Verbrechen“, das durch Steinigung bis zum Tode bestraft werden konnte).

Wo waren all die Verteidiger von Frauenrechten, als das passierte? Hier kommen wir zum Kern der Sache: Die USA haben Milliarden ausgegeben, um die Mudschaheddin-Mörderbanden zu bewaffnen, auszubilden und zu finanzieren, damit sie in den 80er-Jahren sowjetische Soldaten und pro-sowjetische Afghanen töteten, im ersten Krieg, der jemals durch die Frage von Frauenrechten ausgelöst wurde. Die Feministen sowie praktisch jede linke Gruppe in diesem Land außer der Spartacist League stellten sich in den Dienst des antisowjetischen Kreuzzugs der US-Regierung in Afghanistan.

Im Dezember 1979 schickte die Sowjetunion 100 000 Soldaten, hauptsächlich aus dem sowjetischen Zentralasien, nach Afghanistan, um einen Aufstand von Mudschaheddin-Kämpfern, Mullahs und Grundbesitzern gegen die linksnationalistische Regierung der Demokratischen Volkspartei (DVPA) aufzuhalten, die um die sowjetische Hilfe gebeten hatte. Wir erklärten klipp und klar: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die Errungenschaften der Russischen Revolution auf die Völker Afghanistans aus!“ Diese Losungen brachten unser Verständnis zum Ausdruck, dass die Sowjetunion trotz ihrer Degenerierung unter einer stalinistischen bürokratischen Kaste weiterhin ein Arbeiterstaat war, der die historischen Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 verkörperte – im Wesentlichen die Planwirtschaft und das Kollektiveigentum. Dies waren enorme Errungenschaften, nicht zuletzt für Frauen und die historisch islamischen Völker des sowjetischen Zentralasiens (heute Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan und Turkmenien). Nur wenige Wochen nachdem die sowjetischen Truppen einmarschiert waren, organisierte die internationale Spartacist Tendenz, heute die Internationale Kommunistische Liga, Demonstrationen, die zur militärischen Verteidigung der UdSSR und zum Sieg der Roten Armee aufriefen.

Man braucht bloß die entsetzlichen Bedingungen, unter denen Frauen in Afghanistan heute leben, mit einigen Fakten von 1988 zu vergleichen, bevor die sowjetischen Streitkräfte abgezogen wurden. Damals gab es 245 000 Arbeiterinnen, gleichzeitig dienten 15 000 Frauen als Soldaten und Kommandeure in der Armee. Frauen stellten 40 Prozent der Ärzte und 60 Prozent der Lehrkräfte an der Universität von Kabul. 440 000 Studentinnen hatten sich an Bildungseinrichtungen eingeschrieben und weitere 80 000 nahmen an Alphabetisierungsprogrammen teil. Der Frauenrat von Gesamt-Afghanistan hatte 150 000 Mitglieder. Westliche Kleidung war in den Städten üblich und Frauen genossen zum ersten Mal in der Geschichte Afghanistans ein gewisses Maß an wirklicher Freiheit von Schleier und Unterjochung.

Trotz der Hilfe und der Waffen im Wert von zig Milliarden Dollar, die den Mudschaheddin von den USA und ihren Verbündeten geliefert wurden, ist die Sowjetunion in Afgha-

nistan nicht militärisch besiegt worden. In über zehn Kriegsjahren verlor die UdSSR ungefähr 13–15 000 Soldaten. Zum Vergleich: Die USA verloren 50 000 Soldaten in Vietnam. Doch in einem vergeblichen Versuch, den US-Imperialismus zu beschwichtigen, zogen die Kreml-Stalinsten Anfang 1989 die Truppen ab und überließen Hunderttausende afghanische Frauen, Linke und Arbeiter ihrem Schicksal, als „Ungläubige“ gefoltert, bei lebendigem Leib gehäutet, enthauptet und verstümmelt zu werden.

Wir verurteilten diesen Verrat. In Solidarität mit den afghanischen Massen, die nach dem sowjetischen Abzug einen erbitterten Kampf ums Überleben führten, schlugen wir der afghanischen Regierung in einem Brief vom 7. Februar 1989 in aller Form folgendes vor: „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod für die Verteidigung dieser Rechte in Afghanistan zu kämpfen“ – das „Recht von Frauen, lesen zu lernen, die Freiheit vom Schleier, Freiheit von der Tyrannei der Mullahs und Landbesitzer, die Einführung der medizinischen Versorgung und das Recht aller auf Schulunterricht“. Und wir meinten das verdammt ernst.

Auch wenn die afghanische Regierung unser Angebot ablehnte, sammelten auf ihre Bitte hin das Partisan Defense Committee (die mit der Spartacist League verbundene Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung) und die Schwesterorganisationen des PDC weltweit mehr als 44 000 Dollar für die zivilen Opfer der Mudschaheddin-Offensive gegen Jalalabad. Dies ist die afghanische Stadt, die am nächsten an den von der CIA finanzierten Guerillastützpunkten in Pakistan lag. Die Einwohner von Jalalabad wehrten einen Angriff nach dem anderen ab. Die DVPA-Regierung hielt fast drei Jahre lang gegen die Mudschaheddin stand.

Antikommunismus war das gemeinsame Band zwischen dem US-Imperialismus und den Mullahs in Afghanistan. Ronald Reagan nannte diese Mörderbanden „das moralische Gegenstück zu den Gründervätern dieses Landes“. Ich bin zwar kein großer Anhänger der Sklavenhalter Jefferson, Monroe & Co., doch ich denke, sie wären entsetzt darüber, mit einem Haufen feudalistischer religiöser Fanatiker verglichen zu werden. Nach vier Jahren schrecklicher Herrschaft der Nordallianz-Leute, von denen ich vorhin gesprochen habe und die Kabul bereits an den Rand der Hungersnot und Zerstörung gebracht hatten, fiel 1996 die Hauptstadt Afghanistans an die Taliban. Eine der ersten

*Fortgesetzt auf Seite 14*



dpa

**Porträt eines imperialistischen Zahlmeisters und seiner „Heiligen Krieger“: CDU-Bundestagsabgeordneter Jürgen Todenhöfer im Kreise der Mudschaheddin-Mörderbande**

## Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

Handlungen der Taliban war es, den früheren Präsidenten und Verbündeten der Sowjets Nadschibullah zu ergreifen, den man kastrierte und für drei Tage an einem Laternenpfahl in der Innenstadt von Kabul aufhängte. Anschließend übten die Taliban-Killer blutige Rache an allen noch verbliebenen Spuren des sozialen Fortschritts.

### Pseudo-Linke: die Sowjetunion hassen, die Mudschaheddin bejubeln

Warum also waren fast alle linken oder feministischen Gruppen gegen den sowjetischen Einmarsch, wo doch nur dieser die Möglichkeit zur sozialen Befreiung in diesem erbärmlich rückständigen Land schuf? Die Mehrheit der Linken in den USA beugte sich dem antisowjetischen Propagandasperfeuer der Carter-Regierung, das im Namen der „Menschenrechte“ losgelassen wurde.

Die verschiedenen maoistischen Gruppen, von denen es in den 60er-Jahren viele gab (bis Chinas Bündnis mit den USA sie bedeutungslos werden ließ), stellten sich geschlossen gegen den so genannten „sowjetischen Sozialimperialismus“. Von ihnen gibt es nur noch die Revolutionary Communist Party von Bob Avakian. Ebenso brandmarkte die Progressive Labor Party damals die Sowjetunion als imperialistisch. Das Vereinigte Sekretariat, der pseudotrotzkistische internationale Verein, der heute von Socialist Action und von einigen Mitgliedern der Gruppe Solidarity unterstützt wird, verurteilte den Einmarsch der Roten Armee von 1979 und forderte ein Jahr später zusammen mit den Imperialisten offen den Abzug der sowjetischen Truppen.

Die Socialist Workers Party (SWP) – die den Trozismus in den 60er-Jahren weit hinter sich gelassen hatte, als sie versuchte, Liberale und Pazifisten aus der Demokratischen Partei für ihre Proteste gegen den Vietnamkrieg zu gewinnen – hatte jegliche Perspektive einer Revolution der Arbeiterklasse aufgegeben. Stattdessen betätigten sie sich als Jubelchor für bürgerlich-nationalistische Kräfte und sogar islamische Fundamentalisten, wie zum Beispiel 1979 im Iran, als Chomeini die Macht eroberte – in Wirklichkeit glauben sie immer noch, dass die „iranische Revolution“ irgendwie eine antikapitalistische Revolution gewesen sei. Im Gegensatz dazu sagte die Spartacist League: „Nieder mit dem Schah! Nein zu den Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!“ Zu Afghanistan tat die SWP erst so, als ob „die Frage nicht die sowjetische Intervention ist, sondern eine zunehmende US-Intervention“ (*Militant*, 15. Februar 1980). Doch wie jeder

weiß, war die sowjetische Intervention die Frage, und so änderten sie ein Jahr später ihre Linie, um wie der Rest der Pseudolinken „sowjetische Truppen raus“ zu fordern.

Die abstoßendste Form des Hinterherkriechens hinter dem antisowjetischen Kreuzzug der Imperialisten lieferte wahrscheinlich die International Socialist Organization (ISO), die damals zur britischen Socialist Workers Party [in Deutschland damals Sozialistische Arbeitergruppe, heute Linksruck] von Tony Cliff gehörte. Die Cliff-Anhänger traten offen für die von Reagan als „Freiheitskämpfer“ gepriesenen Mudschaheddin ein und schrien „Truppen raus aus Afghanistan“ (*Socialist Worker* [Britannien], 12. Januar 1980). Sie machten klar, dass dies nur sowjetische Truppen bedeutete. Kurze Zeit später unterstützten sie in Polen die reaktionäre und antisemitische so genannte „Gewerkschaft“ Solidarność, die von der CIA und vom Vatikan einzig und allein zu dem Zweck finanziert wurde, die kapitalistische Konterrevolution anzuführen. Die ISO rechtfertigte dies alles, indem sie behauptete, die Sowjetunion sei „staatskapitalistisch“, was für sie offensichtlich schlimmer ist als wirklicher Kapitalismus. Zu Beginn des Koreakriegs in den 50er-Jahren brachen die Cliff-Anhänger mit der trotzkistischen Bewegung, weil sie sich weigerten, die deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea und China gegen den US-Imperialismus zu verteidigen.

Eine weitere Organisation, die der UdSSR das Etikett „staatskapitalistisch“ verpasste, als Ausrede, um sie nicht gegen den US-Imperialismus verteidigen zu müssen, ist die League for the Revolutionary Party (LRP). In einer Erklärung vom 13. September benennt die LRP richtigerweise Osama Bin Ladens „führende Rolle bei Afghanistans Mudschaheddin“, als diese gegen das von der Sowjetunion unterstützte Regime Krieg führten, und dass diese islamischen reaktionäre „massive organisatorische, militärische und finanzielle Unterstützung von der US-Regierung erhielten“. Doch damals behauptete die LRP lächerlicherweise, dass die Sowjets „den Islam bejubeln und Errungenschaften der Frauen vernichten“, und argumentierte, dass „die Unterstützung der russischen Militärintervention bedeutet, sich auf die Seite von Imperialismus, Stabilität und Konterrevolution zu stellen“ (*Socialist Voice*, Sommer 1980).

Als die Kreml-Stalinsten damit anfangen, die sowjetischen Truppen abzuziehen, jubelte der *Socialist Worker* der ISO (Mai 1988): „Wir begrüßen die Niederlage der Russen in Afghanistan. Sie wird all jenen innerhalb der UdSSR und in Osteuropa Mut machen, die die Herrschaft von Stalins Erben zerbrechen wollen.“ Sie hat zweifellos den Kräften der kapitalistischen Konterrevolution „Mut gemacht“, die



Smolian/Contact



kein Bildnachweis

Links: Demonstranten in Kabul begrüßen 1980 eintreffende sowjetische Truppen; oben: Afghanische Frauen bewaffnen sich, um sich dem Kampf gegen die CIA-unterstützten islamischen Reaktionäre anzuschließen

es in den folgenden paar Jahren schafften, die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa zu zerstören, und so die Arbeiterklasse dieser Länder zurück in Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger und Elend sowie in ethnische Gemetzel getrieben haben. Etwas von dem Blut jeder unverschleierte Frau, die von den afghanischen Fundamentalisten abgeschlachtet wurde, klebt an den Händen jeder linken oder feministischen Organisation weltweit, die sich in den Dienst des schmutzigen antisowjetischen Krieges des US-Imperialismus in Afghanistan gestellt hat.

### Die Oktoberrevolution und Zentralasien

Vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs, der von den Mudshaheddin gestartet wurde, nachdem die DVPA 1978 an die Macht kam, war Afghanistan jahrzehntelang ein Satellitenstaat der Sowjetunion gewesen. Ein großer Teil der kleinen gebildeten Schicht war in der UdSSR ausgebildet worden, und viele Intellektuelle sahen in der Sowjetunion eine Quelle des sozialen Fortschritts. 1973 spielten Offiziere, die loyal zur DVPA standen, eine große Rolle beim Sturz der Monarchie und beteiligten sich an der bürgerlich-nationalistischen Daud-Regierung. Anschließend bewegte sich Daud nach rechts und versuchte die DVPA zu zerschlagen. Massendemonstrationen hauptsächlich von Studenten und Staatsangestellten waren die Folge. Die militärische Fraktion der DVPA besiegte Dauds Kräfte mit Waffengewalt und er selbst wurde getötet. Das war die „Revolution“ vom April 1978 – im Grunde genommen ein linker Militärputsch mit einer weit verbreiteten Unterstützung bei Intellektuellen.

Ich habe euch ein paar statistische Zahlen von 1988 genannt. Um euch eine Vorstellung von der Rückständigkeit des Landes vor dem Einmarsch der Roten Armee zu geben: Laut dem *Statistischen Jahrbuch* der UNO für 1978 waren bei einer Bevölkerung von 17 bis 20 Millionen Menschen nur 35 000 in der Produktion beschäftigt. Gleichzeitig gab es eine viertel Million Mullahs, die vom Staat bezahlt wurden – eine gewaltige parasitäre Kaste, die einer fürchterlich armen Bevölkerung das Blut aussaugte. Es gab keine Eisenbahnen, ganz wenige Autobahnen, das Gesundheitswesen war primitiv und Unterernährung weit verbreitet. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 40 Jahren, die Kindersterblichkeit betrug mindestens 25 Prozent und die Hälfte aller Kinder starb vor dem fünften Lebensjahr. Die Analphabetenrate betrug bei Männern mehr als 90 Prozent, bei Frauen 98 Prozent. Außer den Mitgliedern einer winzigen städtischen Mittelklasse, die nach westlichem Vorbild lebten, wurden fast alle Frauen unter dem Schleier gefangen gehalten und unter dem System des Brautpreises wie ein Stück Vieh verkauft. Die meisten Menschen lebten in Nomadenstämmen oder als verarmte Bauern in Lehmdörfern. Es gab eine Vielzahl von Stämmen, über die keine frühere Regierung jemals völlig ihre Befehlsgewalt errichtet hatte. Das Leben unterschied sich kaum von dem, wie es viele Jahrhunderte vorher war.

Diese Statistiken zeigen die Grenzen für eine soziale Veränderung, die aus der afghanischen Gesellschaft selbst kommt. Im Unterschied zu den Nachbarländern Iran und Pakistan ist eine proletarische Revolution in Afghanistan nicht möglich. Das Land ist wirtschaftlich zu rückständig. Auf der anderen Seite ist die soziale Basis für reaktionären Widerstand selbst gegen die bescheidensten bürgerlich-demokratischen Reformen stark.

Das DVPA-Regime lehnte den Islam zwar nicht ab, aber es versuchte doch das Land nach weltlichen Gesichtspunkten zu modernisieren. Eine der populäreren Maßnahmen bestand darin, die Schulden zu streichen, die arme und landlose Bauern bei den mächtigen Geldverleihern hatten. Die Grundbesitzer und Stammesfürsten (Khane) hatten die

Macht, bei der Masse der Bauern über Leben und Tod zu entscheiden, und kontrollierten 42 Prozent des Ackerlandes und der dazugehörigen Bewässerungssysteme. Auch wenn die DVPA-Regierung ein Programm für eine radikale Landreform vorschlug, wurde sie im Ansatz daran gehindert durch wirtschaftliche Sabotage der Grundbesitzer und durch Terror in Verbindung mit einem reaktionären Massenaufstand, der von Pakistans Militär unterstützt wurde.

Doch was die Mullahs wirklich zur Weißglut brachte und sie dazu trieb, zu den Waffen zu greifen, waren die begrenzten Maßnahmen der Regierung zur Gleichstellung der Frauen, zur Reduzierung des Brautpreises auf eine symbolische Summe und zur Einführung der Schulpflicht für Mädchen und von freiwilligen Alphabetisierungsprogrammen für erwachsene Frauen. Sogar die *New York Times* gab im Februar 1980 zu: „Was die orthodoxen muslimischen Männer aus den paschtunischen Dörfern im Osten Afghanistans dazu brachte, zu den Gewehren zu greifen, war die Tatsache, dass die revolutionäre Regierung in Kabul den Frauen neue Rechte gab.“

Wie Karl Marx feststellte, indem er den französischen utopischen Sozialisten Charles Fourier zitierte, ist in einer gegebenen Gesellschaft „der Grad der weiblichen Emanzipation ... das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation“ (*Die heilige Familie* [1845]). Von zentraler Bedeutung für die Unterdrückung der Frauen in der Klassengesellschaft ist die Institution der Familie, die je nach den Erfordernissen des Gesellschaftssystems unterschiedliche Formen annimmt. In Gebieten wie Zentralasien gab es ein kompliziertes Verhältnis zwischen primitiver landwirtschaftlicher Produktion, Schafzucht, Land und Wasserrechten und dem Brautpreis. Eine Frau war das wirtschaftliche Tauschobjekt ihres Vaters und die Leibeigene ihres Mannes; nur Männer hatten das Recht, über Eigentum zu verfügen und es zu erben. Nach den meisten lokalen Gesetzesvarianten hatte der Mann nur dann Zugang zu Land und Wasserrechten, wenn er verheiratet war; hatte man mehr als eine Frau, hatte man auch mehr Land und Wasser. Andererseits war es wegen des Brautpreises so teuer zu heiraten, dass viele Männer überhaupt niemals heiraten konnten und andere, um eine Ehefrau zu bekommen, diese entführten und vergewaltigten.

Da Afghanistans gesellschaftliche Entwicklung irgendwo zwischen Stammesstruktur und Feudalismus stand, gab es keine innere gesellschaftliche Basis für die relativ minimalen Reformen der DVPA, schon gar nicht für eine proletarische Revolution. Zur Zeit der Russischen Revolution von 1917 waren die Zustände im sowjetischen Zentralasien ganz

Fortgesetzt auf Seite 16

## SPARTACIST

### Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe  
Nr. 22, Sommer 2001

€ 1,50  
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55  
10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

## SPARTACIST

NUMMER 22 DEUTSCHE AUSGABE SOMMER 2001 DM 1,50 - 05 25

Eine trotzkistische Kritik:  
Deutschland 1923  
und die Komintern  
SEITE 8

Trotzki und die russische  
Linke Opposition  
SEITE 16

FRAUEN UND DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION  
SEITE 12

## Frauen...

Fortsetzung von Seite 15

ähnlich. Dieses Gebiet war wie Afghanistan wirtschaftlich so unterentwickelt, dass es dort keine Arbeiterklasse gab, die in der Lage gewesen wäre, als die treibende Kraft für gesellschaftliche Veränderungen zu wirken. Die Revolution wurde durch das revolutionäre Proletariat in Form der Roten Armee nach Zentralasien getragen und von den Kräften vor Ort unterstützt, die für die Befreiungsideale der Russischen Revolution eintraten – besonders von Frauen, die den Schleier ablehnten.

Wie die USA 60 Jahre später in Afghanistan, bewaffnete und finanzierte Britannien – in den 20er-Jahren die vorherrschende imperialistische Macht in der Region – in Zentralasien reaktionäre Revolten unter der Führung der Mullahs, die vor allem über die drohende Gleichberechtigung der Frauen wütend waren. In gewisser Hinsicht ist es die Tragödie von Afghanistan, dass die sowjetische Rote Armee, als die Russische Revolution nach Zentralasien kam, wegen der britischen Präsenz in der Kolonie Indien (wozu auch das heutige Pakistan gehörte) gezwungen war, an der Grenze zu Afghanistan stehen zu bleiben.

Die Russische Revolution brachte nach Zentralasien einen gewaltigen Sprung in der gesellschaftlichen Entwicklung, der in jedem rückständigen Land unter dem Kapitalismus unvorstellbar gewesen wäre. Trotz der Ungleichheit und bürokratischen Unterdrückung, unter der die Sowjetbürger unter der stalinistischen Herrschaft litten, war die Stellung der Frauen im sowjetischen Zentralasien nicht nur höher als in jedem islamischen bürgerlichen Land – von Afghanistan ganz zu schweigen –, sondern in manchen Bereichen (z. B. die Vertretung in der Regierung) sogar besser als in fortgeschrittenen bürgerlichen Ländern.

Ein paar Genossen, die das sowjetische Zentralasien Ende der 80er-Jahre besuchten, haben die beeindruckenden Errungenschaften gesehen, die man trotz der Korruption und des Zynismus des damals gerade zerfallenden stalinistischen Regimes erreicht hatte. In mehr als einer Woche Fahrt durch ganz Usbekistan haben sie nicht einen einzigen Schleier gesehen – ganz zu schweigen von der schrecklichen *Burqa*, dem erstickenden Leichentuch, das von Kopf bis Fuß reicht und für afghanische Frauen ein Gefängnis ist. Sie gingen zu einer Party, wo junge Frauen und Männer – auch gemischte Paare von Usbeken, Tadschiken und Russen – ungehindert zu Rock'n'Roll tanzten. Es gab keine extremen Anzeichen von Armut; die meisten Wohnungen hatten Fernsehen und viele hatten ein Auto. Die Bevölkerung hatte



Humbert-Droz Archives

**Frauenvereinigung von Baku im sowjetischen Aserbaidschan demonstriert 1920 mit Banner, das die „Befreiung der Frau“ mit der „Befreiung der Werktätigen aller Länder“ verbindet**

eine gute Ausbildung und viele konnten mindestens eine europäische Sprache (zusätzlich zu Usbekisch und Russisch). Die Gesundheitsversorgung war kostenlos und leicht zugänglich – auch für Frauen. Sogar ältere Frauen trugen Kleider in hellen Farben und sprachen auf lockere Art mit Fremden. Als eine Frau nach dem Krieg in Afghanistan gefragt wurde, erklärte sie: „Wir kämpfen eher bis zum Tode, als dass wir wieder den Schleier tragen.“

### Die Afghanistan-Connection der CIA

Doch die Sowjetunion von 1979 war keineswegs der dynamische Arbeiterstaat, der sie in den ersten Jahren ihres Bestehens gewesen war. In der Zeit unmittelbar nach der Oktoberrevolution dachte niemand in der bolschewistischen Partei – nicht einmal Stalin –, dass die Sowjetunion, ein rückständiges Land mit einer kleinen Arbeiterklasse, auf sich allein gestellt ohne die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder überleben könnte. Eine riesige revolutionäre Welle überrollte Europa nach der Russischen Revolution. Weil aber die Revolutionen in anderen Ländern besiegt wurden – und das ist ein Thema für eine eigene Veranstaltung –, war der junge Arbeiterstaat isoliert und von feindlichen kapitalistischen Nationen eingekreist. Am Ende des Bürgerkriegs von 1919–21 gegen eine Reihe von konterrevolutionären und imperialistischen Armeen war Sowjetrußland ausgelagt, seine Arbeiterklasse dezimiert und erschöpft.

Diese Faktoren ermöglichten es einer konservativen bürokratischen Schicht innerhalb der bolschewistischen Partei, von der Stalin schließlich der Führer wurde, der Arbeiterklasse 1923/24 die politische Macht zu entreißen. Als ein Ergebnis dieser politischen Konterrevolution wurde die Sowjetunion ein degenerierter Arbeiterstaat, dessen Außenpolitik als Leitmotiv das nationalistische Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ hatte, das bedeutete, eine illusorische „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus anzustreben. Leo Trotzki kämpfte gegen diese politische Konterrevolution und das ist unser Erbe. Bis zu dem Tag, als er von einem Agenten Stalins ermordet wurde, kämpfte Trotzki mit aller Schärfe für die Verteidigung der Sowjetunion gegen alle kapitalistischen Angriffe und innere Konterrevolution und für eine politische Revolution, die die Bürokratie stürzt und die Sowjetunion auf den Weg des bolschewistischen Internationalismus zurückführt.

Die konservative Kreml-Bürokratie hat also 1979 die Truppen nicht mit der Absicht nach Afghanistan geschickt, eine Revolution durchzuführen – anders als die Bolschewiki in den 20er-Jahren in Zentralasien. Die Bürokratie war zu Recht besorgt über die Gefahr, dass eine feindliche Regierung islamischer Fundamentalisten die Macht übernimmt, und wollte einfach bloß ihren wenig stabilen Satellitenstaat Afghanistan erhalten. Dennoch haben wir erkannt, dass eine längere sowjetische Besetzung Afghanistans die Möglichkeit eröffnen würde, dieses Land nach dem Muster des sowjetischen Zentralasiens umzuwandeln. Durch die Gefahr einer von der CIA unterstützten islamischen Machtübernahme an der südlichen Flanke der Sowjetunion stellte sich ganz direkt die Notwendigkeit der bedingungslosen militärischen Verteidigung der UdSSR.

Jimmy Carter, US-Präsident von der Demokratischen Partei und wiedergeborener Christ, startete den zweiten Kalten Krieg gegen die Sowjetunion über die Frage von Afghanistan, wobei er gegen den so genannten „sowjetischen Expansionismus“ wettete. Wie der erste Kalte Krieg, der Ende der 40er-Jahre begann, war dieser antisowjetische Kriegskurs begleitet von einer massiven Erhöhung der Militärausgaben, in diesem Fall ein fünfjähriges Milliarden-Dollar-Programm. Gleichzeitig begannen Milliarden von Dollar an die islamischen Fundamentalisten in Afghanistan



# Frauen...

Fortsetzung von Seite 17

durch den antisowjetischen Krieg hervorgebracht und gestärkt wurden, weiter in anderen Ländern reaktionäre Bewegungen geschürt und konnten sich dabei den allgemeinen Hass auf die brutalen nationalistischen Regime und die Austeritätsmaßnahmen, die von diesen unter dem Diktat der Imperialisten durchgesetzt wurden, zunutze machen.

Wie man es von Washington gewöhnt ist, wurden solche islamischen Reaktionen erst dann als Terroristen verurteilt, nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatten. Diese Verschiebung in der US-Außenpolitik wurde Ende 1997 deutlich, als Madeleine Albright die afghanischen Herrscher zynischerweise wegen ihrer Behandlung der Frauen anprangerte. Ebenfalls zu dieser Zeit weigerten sich die Taliban, Osama Bin Laden auszuliefern, und das Unocal-Geschäft erschien nicht mehr wirtschaftlich. Außerdem war die Not der afghanischen Frauen unter der Herrschaft der Taliban inzwischen zu einem gewissen Thema bei amerikanischen Liberalen und Feministen geworden.

Eine Gruppe, der in der Presse viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ist die revolutionäre Vereinigung der afghanischen Frauen (RAWA). Ihre Website verkündet, dass du, „wenn du die Freiheit liebst und gegen den Fundamentalismus bist“, in die RAWA gehörst. RAWA-Mitglieder führen tatsächlich manchmal mutige Aktionen in Afghanistan und Pakistan durch, um die Gräueltaten der Taliban aufzuzeigen und schikanierte Frauen zu unterstützen. Und sie haben auch eine Erklärung gegen die US-Bombenangriffe auf Afghanistan herausgegeben. Allerdings denken sie, dass es irgendeine mythische „afghanische Nation“ gibt, die sich erheben und die Taliban rauschmeißen werde. Doch die RAWA brüstet sich auch damit, wie sie auf der Seite der Mudschaheddin gegen die sowjetischen Truppen gekämpft hat, obwohl sie ihre einstigen Verbündeten heute als Fundamentalisten anprangert. Die Vorstellung der RAWA von „Freiheit“ ist die gleiche, wie sie das Radio Free Europe der CIA hat: den König Zahir Schah und seinen „Stammesrat“ zurückzubringen.

Heute erklärt die US-Bourgeoisie zynischerweise dem „islamischen Terror“ den Krieg, um den unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen. Zwar sind Bin Laden und seinesgleichen ziemlich finster, doch die gefährlichsten Terroristen auf der Erde sind die kapitalistischen Herrscher Amerikas. Tatsächlich ist Massenterror

zur Unterdrückung von allem, was auch nur entfernt an eine soziale Revolution der Arbeiter- und Bauernmassen erinnert, unerlässlich für die Verteidigung eines Systems, das auf der Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine kleine Minderheit basiert. Die Aufgabe von Revolutionären ist es, sich gegen die Kampagne der „nationalen Einheit“ durch die Bourgeoisie zu stellen, für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land zu kämpfen und eine Arbeiterpartei zu organisieren und aufzubauen, die für eine sozialistische Revolution kämpft, um das ganze System des kapitalistischen Imperialismus wegzufegen.

Stattdessen hat sich die amerikanische reformistische Linke, zum Beispiel die Workers World Party oder die ISO, in den Aufbau einer „Koalition“ gestürzt, was immer bedeutet, eine Basis für kapitalistische Kräfte aufzubauen, die ihre Unterstützung für den Frieden, für das harmonische Miteinander der Rassen oder andere nette Dinge zur Schau stellen wollen. In diesem Land bedeutet das die Demokratische Partei. Zu diesem Zeitpunkt sind solche Demokraten, die „gegen den Krieg“ sind, sehr dünn gesät. Doch das hat die Ausrichtung der Reformisten nicht verändert, die eine „Antikriegsbewegung“ aufbauen wollen, die bereitwillig jedem Klassenfeind der Arbeiter offen steht, der sich vielleicht meldet. Indem die Reformisten angesichts des Terrorkriegs des US-Imperialismus Pazifismus predigen, schüren sie Illusionen, dass der Kapitalismus rational, gutmütig und friedlich sein könne – wenn doch bloß die richtigen Politiker gewählt würden, um dieses System zu verwalten!

Kriege um die Aufteilung und Ausplünderung der Welt sind ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Systems. Wachsende interimperialistische Konkurrenz um Märkte, Einflussphären und Rohstoffe – nicht zuletzt Öl – werden letzten Endes zu einem neuen Weltkrieg und einem atomaren Holocaust führen, wenn das Proletariat nicht vorher die Macht erobert. Weitsichtige Arbeiter und Jugendliche sehen bereits, dass man von ihnen verlangt, sich für die Interessen von Bush und Wall Street zu opfern. Doch was fehlt, ist eine revolutionäre Führung. Die Spartacist League und die Spartacist Youth Clubs kämpfen dafür, Studenten, Jugendliche und Arbeiter für den Aufbau der revolutionären Arbeiterpartei zu gewinnen, unter deren Führung die Arbeiterklasse dieses System der kapitalistischen Ausbeutung und imperialistischen Plünderung auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wird. Schließt euch uns an!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 769, 23. November 2001

## SPARTAKIST EK 3

(in türkischer Sprache)

**Doğu Berlin'den Taşkent'e Kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor**

Adı geçen makale, Enternasyonal Komünist Liga (Dördüncü Enternasyonalist)'nin Amerika seksiyonu Spartakist Liga/ABD (SL/U.S.)'nin Kadın Komisyonu'nca yayınlanan Women and Revolution (Kadın ve Devrim) isimli dergimizin 12. sayısından çevrilmiştir.

16 Sayfa, € 0,50

İsteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Postbank Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100



# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPATEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
  - Auslandsabo: € 7,50      Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

146

### Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

## Rasterfahndung...

Fortsetzung von Seite 3

diese rassistische Hetzkampagne zu mobilisieren.

Die PDS Thüringen hat eine Erklärung gegen die Rasterfahndung herausgegeben. Sie versucht sich als Opposition gegen die SPD/Grünen-Regierung darzustellen. Doch in den von der PDS mitregierten Bundesländern führen sie diese rassistische Hetzkampagne mit durch. Die Berliner PDS trat im Wahlkampf zentral für mehr Bullen auf den Straßen ein. Wir geben der PDS keine noch so „kritische“ Unterstützung bei Wahlen, weil sie keine Alternative zu der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung ist. **Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung der SPD/Grünen-Regierung!**

Die SPD/Grünen-Regierung tut im Auftrag der deutschen Imperialisten alles, um im Namen der „Terrorbekämpfung“ die deutsche Militärmacht wieder international zu legitimieren und die rassistische Unterdrückung und die Polizeistaatsmaßnahmen zu Hause zu intensivieren; deshalb treten sie die Rechte der Immigranten mit Füßen. Jetzt, wo die Bombardierung Afghanistans unpopulär geworden ist, versuchen die Imperialisten in heuchlerischster Weise diesen Krieg so darzustellen, als ob er etwas für die Befreiung der Frauen in Afghanistan täte. Aber die Imperialisten sind selbst direkt verantwortlich für die schreckliche Situation der Frauen, sie haben in den 80er-Jahren die mörderischen Mudschaheddin ausgebildet, finanziert und ausgerüstet für ihren Kampf gegen die sowjetische Rote Armee in Afghanistan. Die Imperialisten haben diese Monster – sowohl die Nordallianz als auch die Taliban – kreiert, die Lehrer lebend häuteten, weil diese kleine Mädchen Lesen und Schreiben lehrten.

Der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan eröffnete die einzige wirkliche Möglichkeit für die Befreiung der Frauen, deren Unterdrückung in der fürchterlichen Rückständigkeit Afghanistans wurzelt. Wir kämpften für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der russischen Oktoberrevolution von 1917 auf Afghanistan, wodurch die rückständigen vorgefeudalen Herrschaftsstrukturen zerstört worden wären. Da der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan, ein sehr rückständiges Land ohne eine eigene Arbeiterklasse, die einzige Möglichkeit für die Befreiung der Frau und andere Errungenschaften war, riefen wir damals: „**Hoch die Rote Armee in Afghanistan!**“

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) stellte sich 1989 gegen den Abzug der Roten Armee aus Afghanistan und prangerte Gorbatschows Rückzug als einen Verrat gegenüber jeder unverschleierte Frau an, ein Verrat, der den Imperialismus stärkte und direkt den Weg ebnete für die kapitalistische Konterrevolution in der DDR, in ganz Osteuropa und in der Sowjetunion selbst. Die IKL bot der afghanischen Regierung 1989 im Kampf gegen die mörderischen, reaktionären Mudschaheddin militärische Unterstützung durch internationale Brigaden an. Die afghanische Regierung lehnte dieses Angebot ab, schlug aber eine Spendenkampagne für die Zivilbevölkerung der von den Mullahs belagerten Stadt Jalalabad vor, die wir gerne aufgriffen und wofür wir international 40 000 Dollar sammelten.

Die mit den Imperialisten verbündete Nordallianz hat mittlerweile große Teile Afghanistans eingenommen und die Taliban vertrieben. Doch bedeutet die Nordallianz keinerlei Fortschritt für die Befreiung der Frauen Afghanistans. Wie die Taliban sind sie direkte Nachfolger der Frauenhassenden Mudschaheddin. Die einzige Zukunft der verschiedenen Völker Afghanistans liegt darin, dass die Arbeiterklasse der angrenzenden Staaten ihre eigenen Obristen, Mullahs

und Scheiche durch sozialistische Revolution stürzt und damit Afghanistan einen Weg öffnet aus vorgefeudaler Sklaverei.

Als Marxisten kämpfen wir dafür, dass die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland Afghanistan gegen die imperialistischen Angriffe verteidigt, durch Klassenkampf im eigenen Land. Wir protestieren nicht einfach gegen die Verbrechen des US-Imperialismus; für uns steht der Hauptfeind im eigenen Land. Es ist das kapitalistische System, das unweigerlich Kriege ausbrütet. Die Spartakist-Jugend will, gemeinsam mit der Spartakist-Arbeiterpartei, Studenten gewinnen für die Perspektive der Arbeiterklasse und ihres Kampfes gegen das kapitalistische Ausbeutersystem. Wir kämpfen darum, der Arbeiterklasse das politische Bewusstsein zu vermitteln, dass eine Welt ohne Rassismus, Armut und Ausbeutung nur erreicht werden kann, wenn diejenigen, die arbeiten, auch herrschen.

Der deutsche Imperialismus versucht seinen Einfluss weltweit zu verstärken, dies zeigte sich in dem Krieg gegen Serbien 1999 und im Einsatz der Bundeswehr heute in Mazedonien und in Afghanistan. Wir fordern: **Deutsche und alle anderen imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan und aus Afghanistan!**

Wie schon bei dem Krieg gegen Serbien gibt es massive Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse gegen diesen Krieg, die das Ergebnis zweier verlorener Weltkriege für den deutschen Imperialismus ist und sich in einer breiten pazifistischen Stimmung ausdrückt. Mit der wachsenden Wut über Lohnkürzungen, Massenarbeitslosigkeit und Kürzungen von Sozialleistungen gibt es ein für die Bourgeoisie und ihre SPD/Grünen-Regierung bedrohliches Potenzial von Arbeiterwiderstand. Daher versucht die Bourgeoisie, die Arbeiter weiter an sich zu binden und für den Krieg zu gewinnen, indem sie ihnen eine nationale Einheit vorgaukelt. Zentral dafür waren die chauvinistische Demonstration am Brandenburger Tor am 14. September und die Schweigeminuten in den Betrieben, von der DGB-Führung gemeinsam mit den Bossen organisiert, für „Solidarität mit den USA“.

Die Gesetze, die jetzt von der Bourgeoisie geschaffen werden, wie die Rasterfahndung, die Forderung nach mehr Bullen auf den Straßen, mehr rassistische Abschiebungen und generell mehr staatliche Überwachung, nehmen aber nicht nur arabische/muslimische Studenten ins Visier des kapitalistischen Staates, sondern auch Arbeiter arabischer Herkunft oder muslimischen Glaubens in Betrieben wie GASAG, Deutsche Bahn, Wasserbetriebe und Flughafen-gesellschaften. Dies allein zeigt schon, dass die Gesetze sich in der Konsequenz gegen die gesamte Arbeiterklasse richten. Mit diesen martialischen Instrumenten staatlicher Repression will die SPD/Grünen-Regierung jeden, der sich gegen ihre imperialistischen Machenschaften wendet, mundtot machen.

Die rassistische Hetze gegen Immigranten arabischer, türkischer und kurdischer Herkunft dient dazu, einen Keil in die Arbeiterklasse zu treiben, um diese zu spalten, damit sie sich nicht gegen ihre kapitalistische Ausbeutung zur Wehr setzt bzw. damit der Widerstand von vornherein geschwächt wird. Überall versuchen die Kapitalisten mit der Unterstützung durch die Opportunisten der Arbeiteraristokratie, das Klassenbewusstsein und die Solidarität unter den Arbeitern dadurch zu vergiften, dass sie religiöse, nationale und ethnische Spaltungen schüren. Der Kampf für die Einheit und Integrität der Arbeiterklasse ist daher eine lebenswichtige Aufgabe für Revolutionäre. Nur die multiethnische Arbeiterklasse hat die soziale Macht, gegen Ausbeutung und jede Art von Unterdrückung zu kämpfen. Wir kämpfen daher **für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung!** ■

# Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 24

Auch Hamas rückte ins Fadenkreuz von Washingtons „Krieg gegen den Terror“. An der Heimatfront beschlagnahmten Bundesagenten den Besitz der Holy Land Foundation, der größten muslimischen Wohltätigkeitsorganisation in den Vereinigten Staaten, mit der Behauptung, sie lasse Geld an Hamas fließen. Zwar unterstützt das Weiße Haus nicht explizit Scharons Linie, dass die PA „ein terroristisches Gebilde“ und „irrelevant“ sei, aber gab ihm grünes Licht, mit von den USA gelieferten Kriegsflugzeugen und Panzern in die besetzten Gebiete einzufallen, um „Terroristen“ auszuheben. Der „gute Bulle“ der Bush-Regierung, Colin Powell, mahnt, dass Arafat nach wie vor „die Führung innehat“, die USA „werden weiterhin mit ihm zusammenarbeiten“. Aber ein Maß für den gegenwärtigen Schwenk der US-Politik ist die Überschrift eines Leitartikels der liberalen *New York Times* (14. Dezember): „Der Blick über Jassir Arafat hinaus“.

Arafat gelobte am Sonntag, Hamas und andere Gruppen, die die *Intifada* fortsetzen, zu verbieten; vielleicht hat das sein Leben etwas verlängert. Noch mag es sein, dass die USA versuchen würden, Israel zurückzuhalten, wenn Scharon ein Blutbad unter Palästinensern anrichtet, das unter den arabischen Massen in den Nachbarländern zu Aufruhr führt und den Nahen Osten ins Chaos zu stürzen droht. Aber dennoch, Israels Herrscher haben wiederholt demonstriert, dass sie sich nicht einfach vor Washington beugen bei der Verfolgung ihrer blutigen Ambitionen auf ein „Groß-Israel“. Es ist durchaus möglich, dass das israelische Regime daran gehen würde, Gaza und dem Westjordanland eine direkte militärische Besatzung aufzuzwingen oder große Teile des Territoriums formal zu annektieren, einschließlich zionistischer Siedlungen und des sie verbindenden Netzes „strategischer Straßen“, was für die arabische Bevölkerung das Verhungern in ghettoisierten Enklaven bedeuten würde. Monate vor dem gegenwärtigen US-geführten „Krieg gegen den Terror“ warnten wir in „Zionistische Schlächter eskalieren Krieg gegen Palästinenser“ (*Spartakist* Nr. 144, Sommer 2001):

„Nach acht Monaten palästinensischen Widerstandes und einem eskalierenden Terrorkrieg durch das israelische Militär und seine ‚Siedler‘-Hilfstruppen könnten die ultra-chauvinistischen zionistischen Herrscher sehr wohl auf ein Blutbad von katastrophalen Ausmaßen zusteuern.“

Dringend notwendig sind machtvolle internationale Pro-

teste zur Verteidigung des palästinensischen Volkes, basierend auf der Arbeiterklasse nicht nur des Nahen Ostens, sondern auch der imperialistischen Zentren. In Frankreich ist eine große Anzahl von Arbeitern nordafrikanischer Herkunft in Schlüsselsektoren der Industrie integriert. Auch in der US-Autoindustrie gibt es eine bedeutende Komponente von arabischen Arbeitern, von denen viele selbst durch die Anti-Immigranten-Hexenjagd der Regierung bedroht sind. Es ist bedeutsam, dass es unter der schwarzen Bevölkerung eine beträchtliche Sympathie für die Sache der Palästinenser gibt trotz des Anwachsens von Chauvinismus gegen Immigranten und Araber, der vom „Krieg gegen den Terror“ angefacht wird. **Verteidigt das palästinensische Volk! Nieder mit der Repression von Zionisten/PA gegen palästinensische Oppositionsgruppen! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Hände weg von Irak – US-Imperialismus raus aus Afghanistan, Zentralasien, dem Persischen Golf und dem Nahen Osten!**

## Vom Osloer „Friedens“abkommen zur neuen Intifada

Den Hintergrund zu der bedrohlichen Situation, vor der die Palästinenser jetzt stehen, bildet die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion 1991/92. Die Kreml-Stalinsten gaben beim Versuch, ihre eigene Position gegenüber dem westlichen Imperialismus zu stärken, arabischen bürgerlichen Regimen und kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen wie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ein gewisses Maß an militärischer, diplomatischer und finanzieller Unterstützung.

In Ermangelung solcher sowjetischen Unterstützung akzeptierte Arafat 1993 das von den USA gemakelte Osloer „Friedens“abkommen, das der PLO ein paar Insignien von „Souveränität“ gab. Aber wie der Journalist David Hirst bemerkte: „Für die Israelis war Sicherheit – ihre, nicht die der Palästinenser – das A und O von Oslo. Sein [Arafats] Job war es, ihnen diese zu liefern“ (*Al-Ahram Weekly*, 13. Dezember). Palästinensische Polizei, trainiert und überwacht von der CIA und israelischen Sicherheitskräften, sollten die tagtägliche Reglementierung der unterworfenen palästinensischen Massen durchführen, während alle israelischen Siedlungen bestehen blieben bis zu einer unbestimmten Übereinkunft über einen „endgültigen Status“. Dieses entwürdigende Abkommen bewirkte im Westjordanland und in Gaza ein Wachstum der Kräfte der islamischen Reaktion, in erster Linie von Hamas, da die PLO (besonders Arafats Fatah) zunehmend diskreditiert wurde.

Verschiedene westliche Reformisten, vor allem die International Socialist Organization (ISO) in den USA, begeistern sich über das Wachstum solcher islamischer „Radikaler“. Es ist auffällig, dass ein Artikel im *Socialist Worker* (14. Dezember) der ISO nicht die kürzlichen wahllosen Terroranschläge von Hamas in Haifa und Jerusalem verurteilt; mehr allgemein hat die ISO in den letzten Jahren islamischen Fundamentalismus als einen Ausdruck des „Antiimperialismus“ glorifiziert.

In Wahrheit ist Hamas eine üble Gruppe antisemitischer und frauenfeindlicher religiöser Fanatiker, die nach dem Ausbruch der ersten palästinensischen *Intifada* in den späten 80er-Jahren als Ableger der in Ägypten basierten Muslimischen Brüderschaft entstand. Die Londoner *Times* (6. Dezember) wies darauf hin: „Damals sah der israelische Geheimdienst in der Bewegung einen potenziellen Rivalen von Mr. Arafats Fatah-Gruppe, der vorherrschenden Fraktion in der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die die erste Intifada schürte. Die Israelis ermutigten Hamas und deren kleine Gruppe religiöser Fanatiker.“

Hamas ist mit seinem Ziel, im Westjordanland und in Gaza ein islamisches Regime zu schaffen, ein Spiegelbild

NEU!

**فيديو جديد العاطفي و"التأثر" الأمريكي**  
الاصدار على مركز التجارة الدولي

بيان من المكتب السياسي للجمعية الأمريكية بالولايات المتحدة الأمريكية

١٦ ديسمبر، الإصدار الذي يندد بالتمسك على مركز التجارة الدولي بواشington لتفتيش طائرات مدينة وادي أوري وسجاء الفئات من الرعايا وطواقم الطائرات التي على أرضها أرحابيا بجزيرة لا يمكن ترميم أو التراجع عن مركز التجارة الدولي على الرغم من أن كل من وكالة استخبارات مركز التجارة الأمريكية وأستراليا والعالمي على الذين عمل في عمله عمال من مختلف الجنسيات والأمم والعرقية والدينية، وفي القائمة الكاملة من صباح كل يوم عمل بين من خلال الترحيب، قداميين وما جاورها آلاف من العمال الأمريكيين الذين يتبعون لمختلف القطاعات - الاتصالات - وسائل بقاء - مكتب بعدة غير لا يمكن حسابه - أن العملية لا يمكن فقط في أن هناك العديد من الرعايا الذين في حالة دون أي هو الشك في بعض الفئات - بومبارديرون والمعمرين - والتي تساهم بين عمالهم المخلصين

أرتكبا هذا الإصدار الفوري أول يوم بعد ذلك فقط من بومبارديرون وعمالهم في بعض الفئات - بومبارديرون والمعمرين - والتي تساهم بين عمالهم المخلصين

ويعتقدون على استخدام بحث

إن الترحيب والاحتفاء - بومبارديرون والمعمرين - والتي تساهم بين عمالهم المخلصين

تجاه حب الوطن، ألو واطمة لا تشاء - عذر - ليس غير محدد، ولكنك يجب هذا المجتمع هذا من الولايات المتحدة وجزيرة أرحابيا مع كل فئات من الفئات المهاجرين في الولايات المتحدة وأستراليا أرحابيا مع كل فئات فئات الفئات أن هذا ما جعله شموها أن مئات الآلاف من الموظفين قد تم تفتيشها من قبل الفئات المتحدة في تلك اليوم والفترة والموسم والشمس والشمس التي كانت بسببها

منا الإقبال والاحتفاء والفرح مع

منها الإقبال والاحتفاء والفرح مع

الاصدار على مركز التجارة الدولي

الاصدار على مركز التجارة الدولي

**In Arabisch erhältlich**

Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung“

**Der Anschlag auf das World Trade Center**  
Übersetzung der Erklärung des Politischen Büros der Spartacist League/U.S. vom 12. September 2001

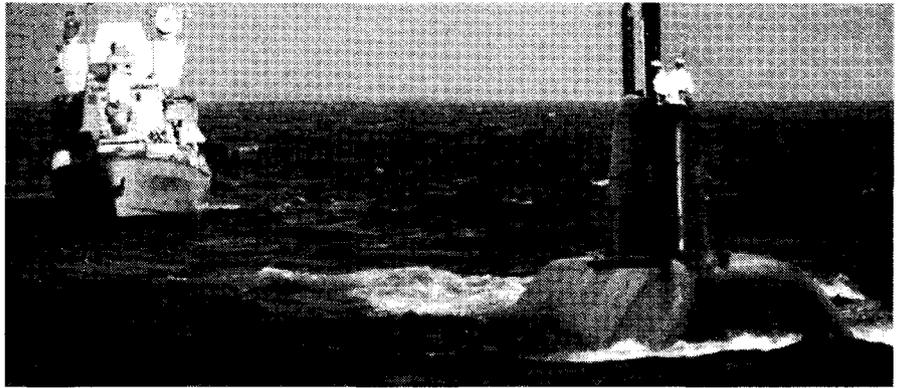
€ 0,25  
Zu beziehen über die Kontaktadresse

der faschistoiden religiösen jüdischen Reaktionen, die für Israel eine voll entwickelte Theokratie gemäß dem Alten Testament anstreben und die selbst wiederholt terroristische Gräueltaten und Pogrome gegen palästinensische Araber verübt haben. Wahllöser Terror gegen israelische Juden, ob von islamischen Fundamentalisten oder von säkularen palästinensischen Nationalisten durchgeführt, ist im kleinen Maßstab das Spiegelbild der völkermörderischen Logik des Zionismus. Auf ihre eigene Weise haben solche Gruppen die gleiche grundlegende Position wie Sharon: dass alle Juden, auch Schulkinder oder Teenager in einer Disco oder in einem Einkaufszentrum, Soldaten des zionistischen Staates seien.

Terroranschläge gegen die israelische Bevölkerung bewirken eine Verstärkung des intensiven Chauvinismus, durch den die hebräischsprachigen Arbeiter – einschließlich verarmter und unterdrückter sephardischer Juden – an ihre kapitalistischen Ausbeuter gekettet werden. Einige arabische Nationalisten behaupteten anfänglich, der Anschlag auf das World Trade Center sei in Wirklichkeit von den Israelis durchgeführt worden, um die Wut des amerikanischen Volkes gegen die arabisch/islamische Welt zu lenken. Nach der gleichen Logik könnten die Anschläge von Hamas gegen israelische Zivilisten ebenso gut vom israelischen Geheimdienst, dem Mossad, initiiert worden sein, denn sie dienen den Zielen des zionistischen Staates. In den frühen 50er-Jahren arrangierte der Mossad in Ländern des Nahen Ostens (z. B. Ägypten) Bombenanschläge auf Synagogen und andere Provokationen mit dem Ziel, die jüdische Bevölkerung dort so aufzuschrecken, dass sie nach Israel auswandern würde. Amerikanische herrschende Kreise, die jetzt fordern, dass Arafat hart gegen Hamas durchgreift, weisen darauf hin, dass er dies schon 1996 effektiv getan hat, als seine Polizei 300 Hamas-Führer und -Kader aufspürte und gefangen nahm und einen großen Teil des militärischen Netzwerks von Hamas auseinander nahm. Aber vor fünf Jahren besaß Arafat immer noch eine beträchtliche Glaubwürdigkeit unter den palästinensischen Massen, die immer noch Illusionen hatten in seine Strategie, sich auf die Gnade des amerikanischen Imperialismus zu verlassen, einen unabhängigen Palästinenserstaat herbei zu führen.

Aber diese Illusionen schwanden schnell, als die schlimmsten Lebensbedingungen noch schlechter wurden. Der Rückzug israelischer Truppen aus kleinen Teilen der besetzten Gebiete ging einher mit dem Aufbau von immer mehr Kontrollstellen und Zäunen, jetzt noch verstärkt durch Gräben, die um viele Dörfer gezogen wurden. Entlang der Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland nördlich von Tel Aviv existiert jetzt eine mehrfache Barriere aus Stacheldraht, einem Starkstromzaun und einer drei Meter hohen Betonmauer, die sich mehr als anderthalb Kilometer hinzieht und die benachbarte palästinensische Stadt Tulkarim abriegelt. Als Folge davon, dass palästinensische Tagelöhner zunehmend keinen Einlass mehr nach Israel erhielten, sank das Pro-Kopf-Einkommen im Westjordanland und in Gaza auf die Hälfte dessen, was es vor 1993 betrug, und auf weniger als ein Zehntel von dem in Israel.

Gleichzeitig verdoppelte sich die Anzahl der zionistischen Siedler. Ost-Jerusalem wird zunehmend von Palästinensern „gesäubert“, indem arabische Häuser niedrigergerissen werden und Wohngebiete, in denen nur Juden leben dürfen, stark ausgeweitet werden; dies ist insbesondere eine Reaktion auf die Forderung, Ost-Jerusalem solle die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates werden. Viele, die in den Siedlungen leben, sind entweder neue Immigran-



AFP/DPA

**Vom deutschen Imperialismus mitfinanziert, auf Kieler HDW-Werft gebaut: Israelisches U-Boot „Tekuma“ soll für Atomwaffeneinsatz gegen Landziele aufgerüstet werden**

ten, die von der Regierung gezwungen wurden, dorthin zu ziehen, oder die von den künstlich niedrig gehaltenen Wohnungskosten angezogen wurden, aber eine große Anzahl von Leuten, die keine fanatischen Zionisten sind, kam doch zu dem Schluss, dass billige Mieten einem Toten nicht viel nützen, und sie haben die Siedlungen verlassen. Der politische Kern der Siedlerbewegung besteht aus bewaffneten faschistoiden religiösen Fanatikern, die als Hilfstruppen der militärischen Besatzungskräfte agieren und Leute wie Baruch Goldstein idealisieren, dem in Brooklyn geborenen Zionisten, der 1994 in Hebron etwa 30 Palästinenser beim Gebet abschlachtete. Die Errichtung neuer jüdischer Siedlungen geht Hand in Hand mit der Vertreibung der Palästinenser, die zuvor auf dem Land lebten. Und es wurde noch mehr palästinensisches Land beschlagnahmt, um ein Netz befestigter „Umgehungsstraßen“ zu bauen, die nur von Juden benutzt werden dürfen und die Enklaven umzingeln, die nominal unter Kontrolle der PA stehen. *Wir fordern die Entfernung aller gegen Araber gerichteten Befestigungen in den besetzten Gebieten – die Siedlungen und das Apartheid-Strafennetz!*

Diese Zustände explodierten schließlich letzten Herbst in einer neuen *Intifada* – ausgelöst im September 2000 durch Sharons provokativen „Besuch“ einer muslimischen heiligen Stätte in Begleitung von Hunderten von Bullen –, die anfangs hauptsächlich von Elementen der Fatah angeführt wurde, die sich damit Arafat widersetzen. Als Arafat unter Druck von Washington versuchte, den Aufstand zu unterdrücken, verlor er das, was von seiner Unterstützerbasis noch übrig war. Die letzte Meinungsumfrage besagt, dass die Unterstützung für islamistische Gruppen auf 30 Prozent gestiegen und gleichzeitig die für Fatah auf 20 Prozent gefallen ist. Zwar haben sich viele Palästinenser Hamas zugewandt wegen deren scheinbarer Unnachgiebigkeit gegenüber den zionistischen Besatzungskräften, aber es hat auch einen scharfen Anstieg des Einflusses von religiösem Fundamentalismus unter der palästinensischen Bevölkerung gegeben.

Dies wiederum hat sein Spiegelbild in der wachsenden Unterstützung, die ultra-chauvinistische und jüdisch-fundamentalistische Parteien in der hebräischsprachigen Bevölkerung erhalten. Die Hälfte aller Israelis, die in einer kürzlichen Meinungsumfrage befragt wurden, unterstützen den „Transfer“ – d. h. die Zwangsvertreibung – von Palästinensern aus dem Westjordanland und aus Gaza nach arabischen Ländern, eine Position, für die früher nur eine winzige Hand voll faschistoider Rechter eintrat. Der wachsende Rechtsschwenk in der israelischen Politik hat auch die über eine Million palästinensischen Araber im Visier, die nominal israelische Staatsbürger sind. Der prominente arabisch-

*Fortgesetzt auf Seite 22*

## Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 21

israelische Parlamentarier Azmi Bishara soll nun, nachdem seine parlamentarische Immunität aufgehoben wurde, unter der Anklage des Verrats vor Gericht gestellt werden, weil er in Syrien eine Rede hielt, in der er zu palästinensischem Widerstand aufrief.

Angesichts von Scharons heftigem Angriff und Washingtons Feindseligkeit hofft Arafat erneut auf die Vereinten Nationen oder die Europäische Union (EU) als Makler für irgendeine Art von Deal. Die EU hat entsprechend der amerikanischen Linie die Forderung erhoben, Arafat müsse gegen die palästinensischen Oppositionsgruppen hart durchgreifen, gleichzeitig argumentiert sie aber auch gegen jegliche „Versuche, [den PA-Führer] zu schwächen oder zu diskreditieren“ (Londoner *Financial Times*, 15./16. Dezember). In Widerspiegelung dieser gegenüber den Palästinensern etwas sympathischeren Haltung der EU-Imperialisten veröffentlichte die französische Ligue communiste révolutionnaire (LCR) eine Erklärung, in der sie „die kriegerische Logik, die die Scharon-Regierung verfolgt“, anprangert und „die Einsetzung einer internationalen Streitmacht für den Frieden und den Schutz der Bevölkerung“ fordert (*Rouge*, 13. Dezember).

Diese Pseudolinken reihen sich einfach ein hinter den jeweiligen imperialistischen Ambitionen von Washingtons europäischen Rivalen, die unter den ölreichen arabischen Regimen des Nahen Ostens um Einfluss konkurrieren. Selbst falls Israel oder die USA erlauben würden, dass es so was gibt, würde jede imperialistische „Friedens“truppe, ob unter Schirmherrschaft der EU oder der UN, nur das palästinensische Volk unterdrücken. Unter einem Teilungsplan der UNO wurde 1948 der zionistische Staat geschaffen, und eine UN-Hungerblockade ist verantwortlich dafür, dass seit 1991 über eineinhalb Millionen Irakis gestorben sind.

Die einzige Rettung für das palästinensische Volk liegt in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens durch proletarische Revolution. Als revolutionäre Marxisten haben wir das Ziel, den zionistischen Garnisonsstaat *von innen* zu zerschlagen, durch arabisch/hebräische Arbeiterrevolution. Nur durch den Sturz der israelischen Bourgeoisie ebenso wie der arabischen herrschenden Klassen kann das Recht auf nationale Selbstbestimmung sowohl des palästinensisch-arabischen als auch des hebräischsprachigen Volkes sowie der vielen anderen Völker der Region gerecht verwirklicht werden. Wir haben keine Illusionen, dass es leicht sein wird, den massiven anti-arabischen Chauvinismus der hebräischsprachigen Arbeiterklasse zu zertrümmern. Aber es ist die Aufgabe von Revolutionären, jede Möglichkeit wahrzunehmen, jeden Streik und jede Aktion, die die Arbeiterklasse gegen die zionistischen kapitalistischen Herrscher stellt, um die Notwendigkeit gemeinsamen Klassenkampfes der palästinensisch-arabischen und der hebräischsprachigen Arbeiter hervorzuheben. Im Lauf solcher Kämpfe wird die internationalistische trotzkistische Partei geschmiedet werden, die für die nationalen Rechte der Palästinenser eintritt als Teil des Kampfes, das Proletariat an die Macht zu bringen.

### Der amerikanische Imperialismus und die Dämonisierung der islamischen Welt

Anfang Dezember schrieb die *Jerusalem Post*: „Die USA sind, was den Islamismus betrifft, in keiner diplomatischen Stimmung; sie erkennen, dass sie im Krieg sind und dass der Islamismus besiegt werden muss. Dementsprechend wurde den Taliban ein Ultimatum gestellt, entweder Osama Bin Laden oder die Macht aufzugeben. Ein ähnliches Ulti-

matum muss der Palästinensischen Autonomiebehörde gestellt werden in Bezug auf Hamas und den Islamischen Dschihad.“ Die fanatisch zionistische *Jerusalem Post* ist nicht die einzige, die einen Krieg gegen den Islamismus propagiert. Sprecher der Bush-Regierung beschworen anfänglich die christlichen Kreuzzüge, um ihren „Krieg gegen den Terrorismus“ zu rechtfertigen.

Während des Kalten Krieges benutzte und mobilisierte der amerikanische Imperialismus auch die Kräfte der islamischen Reaktion gegen die Kommunistischen Parteien und die von der Sowjetunion unterstützten nationalistischen Bewegungen und Regime in traditionell muslimischen Ländern. Die saudische Monarchie – Urquell des islamischen Fundamentalismus im Nahen Osten – stand und steht weiterhin unter dem Schutz des amerikanischen Militärs. Washington zettelte den Militärputsch der muslimischen Generale 1965 in Indonesien an, bei dem eine halbe Million Arbeiter, Linke und andere massakriert wurden, was die Zerstörung der Kommunistischen Partei Indonesiens bedeutete, damals die größte KP der Welt ohne Staatsmacht. Bin Laden und die anderen seiner „Heiligen Krieger“ waren ursprünglich die Kreaturen der CIA – unter Ausnutzung pakistanischen Militärs und saudischen Geldes –, um in den 80er-Jahren die sowjetische Armee in Afghanistan zu bekämpfen.

Die Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 durch die kapitalistische Konterrevolution stellte jedoch die herrschende Klasse der USA vor ein gewisses Public-Relations-Problem: Wie motiviert man angesichts dessen, dass die sowjetische „Bedrohung“ nicht mehr existiert, weitere öffentliche Unterstützung für das riesige und sogar noch weiter anwachsende Pentagon-Budget und für imperialistische Militärabenteuer?

Samuel P. Huntington aus Harvard, ein prominenter Kalter-Kriegs-Akademiker, verschaffte dem amerikanischen Imperialismus eine neue Ideologie für die nach-sowjetische Welt. Auf dieser Welt, argumentierte er, gäbe es immer noch Feinde des amerikanischen Staates und, in der Tat, der westlichen Zivilisation, aber jetzt basierten sie auf tief verwurzelten nationalen/religiösen Kulturen. Huntingtons Artikel „The Clash of Civilizations?“ [Der Kampf der Zivilisationen?] von 1993, ursprünglich veröffentlicht in *Foreign Affairs*, wurde zu einer Art außenpolitischem Manifest eines bedeutenden Teils der amerikanischen bürgerlichen Rechten, deren Sichtweise stark in der Bush-Regierung vertreten ist. Der Kern von Huntingtons Position ist:

„Die großen Trennungslinien innerhalb der Menschheit und die dominierende Ursache von Konflikten werden kultureller Art sein. Nationalstaaten werden die machtvollsten Akteure auf der Weltbühne bleiben, aber die hauptsächlichsten Konflikte der Weltpolitik werden sich zwischen Nationen und Gruppen unterschiedlicher Zivilisationen abspielen. Der Zusammenprall der Zivilisationen wird die Weltpolitik dominieren. Die Verwerfungslinien zwischen Zivilisationen werden die Kriegsfronten der Zukunft sein.“

Huntington zufolge würden die Kriegsfronten der Zukunft die Vereinigten Staaten von Amerika als das Vorbild und der Verfechter der westlichen Zivilisation gegen die östlichen Gegner stellen: das orthodoxe Russland, das „konfuzianische“ China und die islamischen Staaten des Nahen Ostens.

Solche Ansichten wurden von einer wachsenden christlichen Rechten vertreten, die in der Republikanischen Partei zunehmend an Einfluss gewonnen hatte. Das Anwachsen einer heimatbesessenen, frauenfeindlichen christlichen Rechten in den USA ist selbst ein Ausdruck des Aufstiegs aller Arten von religiösem Obskurantismus überall auf der Welt, besonders seit dem Ende der UdSSR. Die christlich-

fundamentalistische Rechte in den USA ist zu einem zuverlässigen Unterstützer Israels geworden, als dem Vertreter der „jüdisch-christlichen“ Tradition im Nahen Osten.

Huntington behauptet arrogant, die Völker des islamischen Ostens seien „überzeugt von der Überlegenheit ihrer Kultur und besessen von der Unterlegenheit ihrer Macht“. In Wahrheit hat es der amerikanische Imperialismus gerade deshalb darauf abgesehen, seine globale Überlegenheit durch militärische Angriffe gegen die neokolonialen Völker des islamischen Ostens zu demonstrieren, weil diese nicht die Macht haben, wirksamen Widerstand zu leisten. Bush Senior verkündete eine „Neue Weltordnung“ für den US-Imperialismus – als die Sowjetunion schon am Zusammenbrechen war –, während amerikanische Kampfflugzeuge im Golfkrieg 1991 eine Flächenbombardierung des Irak durchführten. Und Amerikas kapitalistische Herrscher diffamieren weiterhin Iraks starken Mann Saddam Hussein als einen Feind der USA und sogar der ganzen Welt.

Saddam Hussein ist in Wirklichkeit kein islamischer Fundamentalist. Er ist ein arabischer bürgerlicher Nationalist von der Art, wie sie von panislamischen Fundamentalisten wie Osama Bin Laden gehasst und verachtet werden. Die Baathisten-Bewegung wurde ursprünglich von sowohl christlich- als auch muslimisch-arabischen nationalistischen Intellektuellen gegründet, und auch der Außenminister Iraks stammt aus einer christlich-arabischen Familie. Die Ideologen des amerikanischen Imperialismus ziehen jedoch eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und Bin Laden, Hamas und der linksnationalistischen Volksfront für die Befreiung Palästinas, um den islamischen Osten als Feind des Westens in Gestalt seiner amerikanischen „Supermacht“ zu verteuflern.

Als Bush eine „große Koalition“ für den Krieg gegen die Taliban und Al Quaida zusammenstellte, erklärte er, dies sei „kein Krieg gegen den Islam“. Dazu kommentierte der konservative Londoner *Economist* (6. Oktober):

„Vielleicht hat Amerika sogar ein noch größeres Problem damit, den Propagandakrieg zu gewinnen: jene Amerikaner, hauptsächlich auf der Rechten, die denken, das Land müsse tatsächlich letztendlich einen Krieg gegen den Islam führen – oder zumindest gegen verschiedene Teile der muslimischen Welt. Diese Stimmen sagen, man könne den Terror nicht besiegen, ohne gegen seine Unterstützer in Irak, Iran und zu einem gewissen Grad in Saudi-Arabien und Syrien vorzugehen.“

Vorläufig noch erteilte Bush jenen eine Abfuhr (einschließlich seinem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz), die sofort und auf der Stelle gegen die Hälfte der Staaten im Nahen Osten Krieg führen wollten. Praktisch sagte er: erst zerstören wir die Taliban, dann sehen wir weiter. Aber „dann“ ist inzwischen heute.

Während eine afghanische Stadt nach der anderen den US-unterstützten Kräften in die Hände fiel, fingen Leute innerhalb der Bush-Gang an davon zu reden Saddam Hussein loszuwerden. Tatsächlich hatten bedeutende Elemente der amerikanischen Rechten Bush Senior harsch dafür kritisiert, dass er Saddam Hussein erlaubte an der Macht zu bleiben, nachdem die US-Streitkräfte im Golfkrieg die irakische Armee in die Flucht geschlagen hatten. Jedoch sind die Faktoren, die damals gegen eine Invasion des Irak sprachen, heute noch genauso gültig.

Es gibt keine bewaffnete oppositionelle Gruppe in Irak (wie etwa die Nordallianz in Afghanistan), die mit genügender US-Luftunterstützung Saddam Hussein stürzen könnte. Die US-Armee müsste massiv in Irak einmarschieren. Und was dann? Wenn die Amerikaner einfach wieder abzögen, würde Irak fast sicher in Chaos und ethnisch/religiösen Kriegen versinken, was die gesamte

ölreiche Golfregion destabilisieren würde und vielleicht die zunehmend wacklige saudische Monarchie stürzen könnte. Die Alternative, ein US-Marionettenregime in Bagdad einzusetzen und aufrechtzuerhalten, würde eine groß angelegte, zeitlich unbegrenzte militärische Besatzung des Irak erfordern.

Ein Leitartikel der *New York Times* (26. November) mit dem Titel „Der falsche Zeitpunkt Irak anzugreifen“ führt die zwingenden militärischen und politischen Argumente gegen einen solchen Kurs an. Aber die amerikanische herrschende Klasse ist *nicht* rational, und es könnte sein, dass sich die Anti-Irak-Falken durchsetzen. Tatsächlich deutet ein solcher Leitartikel im Sprachrohr Nr. 1 der amerikanischen Bourgeoisie darauf hin, dass die Imperialisten heute debattieren, ob sie eine Invasion Iraks starten sollten, und morgen könnten sie es tun.

### **Für eine sozialistische Föderation des Nahen Osten!**

Seit dem 11. September haben die israelischen Herrscher darauf gedrungen, dass Bushs „Krieg gegen den Terrorismus“ auch die Zerstörung der palästinensischen nationalen Bewegung einschließen solle. Die politischen Erschütterungen, die dies im Nahen Osten auslösen würde, wären jedoch viel größer als die bei der Zerstörung der Taliban durch die USA und ihre Spießgesellen der Nordallianz.

Wie sich herausstellte, haben die Taliban (die im wesentlichen von den pakistanischen Militärs geschaffen wurden) weit mehr Feinde als Freunde in der islamischen Welt. Tatsächlich war das schiitisch-islamische theokratische Regime in Iran einer der Hauptunterstützer der Nordallianz gegen die sunnitischen Taliban. Allgemeiner war der Charakter des Taliban-Regimes so fanatisch reaktionär und repressiv, dass es sogar angesichts eines direkten Angriffs der US-Imperialisten keine breite Unterstützung in der arabisch/islamischen Welt bekam.

Aber unter den Massen der arabischen Welt und auch unter anderen unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt gibt es eine breite und tief empfundene Unterstützung für das unterdrückte palästinensische Volk. Um die weitverbreitete Sympathie für die Palästinenser unter den arabischen Massen in einen wirksamen Kampf für ihre nationale Befreiung umzusetzen, sind proletarische Revolutionen notwendig, um die neokolonialen kapitalistischen Regime im Nahen Osten – seien sie bürgerlich-nationalistisch oder islamisch-traditionalistisch – zu stürzen, die als politische Agenten von Wall Street, Londoner City, Frankfurt, Paris und Tokio dienen. Eine Arbeiterrevolution in einem der arabischen Länder, die die internationalistische Einheit aller arbeitenden Menschen verkündet, hätte eine enorme Auswirkung auf das politische Bewusstsein der hebräischsprachigen Arbeiter in Israel.

Der Nahe Osten ist eine Region tiefgehender, allseitiger Unterdrückung – der Frauen sowie von nationalen, ethnischen und religiösen Minderheiten. Gleichzeitig gab es im letzten halben Jahrhundert ein beträchtliches Wachstum eines Proletariats in den städtischen Zentren und auf den Ölfeldern der Region. Diese industrielle Arbeiterklasse hat die soziale Macht, die unterdrückten Massen im Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung anzuführen und den Weg zum Sozialismus zu eröffnen, wozu es unumgänglich ist, die Revolution auf die imperialistischen Zentren Nordamerikas, Westeuropas und Japans auszuweiten. Der Schlüssel ist die Schmiedung einer revolutionären Führung des Proletariats nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei von W. I. Lenin und Leo Trotzki, die das multinationale Proletariat des zaristischen Reiches in der Oktoberrevolution 1917 an die Macht führte.

*Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 771, 28. Dezember 2001*

## Washington gibt zionistischen Schlächtern grünes Licht

# Verteidigt das palästinensische Volk!

18. Dezember – Im Verlauf der letzten zwei Wochen hat die Regierung von Ariel Scharon alles vernichtet, was noch übrig war von der „autonomen“ Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die in den besetzten Gebieten durch das US-gesponserte Osloer Abkommen von 1993 geschaffen wurde. Israelische Bomben und Raketen schlugen in Regierungsgebäuden der PA, in Polizeistationen und in Radiosendern ein. Israelische Truppen und Panzer stürmten im Westjordanland und in Gaza eine Siedlung nach der anderen und mähten schonungslos jeden Palästinenser nieder, von dem sie meinten, dass er ihnen im Weg stünde. Die Spur von Tod und Verwüstung durch die zionistischen Schlächter führt über Hunderte zerstörte Häuser und Dutzende Palästinenserleichen. Und praktisch jedes Begräbnis führt zu einem weiteren, da die Trauernden von israelischen Besatzungskräften unter Beschuss genommen werden. Zwar hat die Scharon-Regierung ihren Paten in Washington zugesichert, dass sie (bis jetzt) nicht die physische Liquidierung des PA-Führers Jassir Arafat anstrebt, aber dennoch schafft sie „Fakten“ vor Ort – getreu einer bluttriefenden Tradition, die zurückreicht bis zur ursprünglichen zionistischen Kolonisierung und der Vertreibung von 700 000 Palästinensern 1948. Arafat und seine engsten Gefolgsleute stehen unter Hausarrest in ihrem Büro, umzingelt von israelischen Panzern, kaum noch etwas existiert von der Infrastruktur der PA oder den Insignien palästinensischer „Souveränität“, die unter viel Getöse vor acht Jahren auf dem Rasen des Weißen Hauses verkündet worden war.

Der Vorwand der Zionisten für die kürzliche Eskalation des Gemetzels ist, dass Arafat nach einer Reihe von Selbstmord-Bombenanschlägen in Haifa und Jerusalem Anfang Dezember angeblich nicht hart genug gegen die islamisch-fundamentalistische Hamas durchgriff. Diese Anschläge wahllosen Terrors, deren Ziel es war, so viele israelische Zivilisten wie möglich zu töten, waren vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ein Verbrechen. Eine Woche später griff

### Israel raus aus den besetzten Gebieten!

**US/UN/Bundeswehr/NATO raus aus Afghanistan, Zentralasien, der Golfregion, dem Nahen Osten!**



Reuters

**12. Dezember, Gaza: Trauernde bei Begräbnis eines Palästinensers, der von israelischen Besatzungstruppen getötet wurde**

Hamas einen Bus mit „Siedlern“ aus dem Westjordanland an und schoss sogar fliehende israelische Kinder nieder. Solche terroristischen Anschläge sind nur Wasser auf die Mühlen der israelischen Herrscher, die ihr bei weitem gewaltigeres Terrorarsenal gegen arabische Männer, Frauen und Kinder einsetzen.

Hinter dem unmittelbaren Vorwand steht der unerwartet schnelle und leichte Sieg des US-Imperialismus in Afghanistan. Die Bush-Regierung hatte in ihrem Bestreben, viele der arabischen Regime und sogar Arafats PA in ihre „weltweite Anti-Terror-Koalition“ einzubinden, Scharon zu zügeln versucht. Anfang Oktober sprach sich Bush sogar für einen palästinensischen Staat aus. Aber als die US-unterstützte Nordallianz damit begann, Positionen der Taliban in Afghanistan zu erobern, löste dies bei der amerikanischen herrschenden Klasse und besonders in Bushs Weißem Haus eine Welle des imperialistischen Triumphalismus aus. Regierungssprecher drohten wieder offen mit einem Militärschlag gegen Saddam Husseins Irak und anderen angeblich „terroristischen“ Staaten.

*Fortgesetzt auf Seite 20*